

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 145 SONNTAG, 22. März 1936

Aus dem Inhalt:

Das Spiel mit dem Feuer
Holland - ein zweites Belgien
Der Betrug der Nichtangriffspakte
Trommelfeuer im Aether

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Das braune Täuschungsmanöver

Was sind Hitlers angebliche Friedensvorschläge wert?

In der Erklärung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands über den Bruch des Locarno-Vertrages heißt es:

„Wo freiwillig geschlossene Verträge unter nichtigen Vorwänden gebrochen werden, gibt es kein Recht, keine Ordnung und keinen Frieden. Neue Paktvorschläge, die von dem Vertragsbrecher ausgehen, müssen dem schärfsten Mißtrauen begegnen.“

Der Satz bringt klar zum Ausdruck, daß Verhandlungen mit der Hitlerdiktatur sinnlos sind, daß die Kriegedrohung die Gefahr einer Unterjochung Europas nicht durch die Anfertigung neuer »Fetzen Papier« beschworen werden kann, sondern nur durch den Sturz Hitlers und bis dahin durch eine Uebermacht, stark genug, das Recht zu schützen und den kriegerischen Rechtsbrecher in seine Schranken zurückzuseuchen. Diese Auffassung wird, so viel wir sehen, geteilt von der Belgischen Arbeiterpartei, während von den übrigen Arbeiterparteien der Locarno-Länder die Labour-Party und noch mehr ihr Organ, der »Daily Herald«, bis jetzt für Verhandlungen mit Hitler um jeden Preis eintritt, und die französische Partei eine Zwischenstellung zu finden trachtet.

Die Labour-Party hat von allen Parteien den weitaus stärksten Einfluß; denn von der Haltung der englischen Regierung und der englischen öffentlichen Meinung, von der die von der großen Arbeiterpartei vertretene Auffassung ein sehr wesentlicher Teil ist, hängt die Frage ab, ob die Entwicklung mit einem neuen großen außenpolitischen Erfolg Hitlers endet, der zugleich neue Steigerung der Kriegsgefahr bedeutet, oder mit seinem Rückzug und damit der Festigung des Friedens. Bis jetzt hat die Labour-Party — im schroffen Gegensatz zu ihrer Haltung im abessinischen Konflikt — die Chancen Hitlers vergrößert.

Auf der Labour-Party hat offenbar das Angebot Hitlers, neue Vereinbarungen über »die Aufrichtung eines Systems der europäischen Friedenssicherung« zu treffen und besonders die Bereitschaft, wieder in den Völkerbund einzutreten, entscheidenden Eindruck gemacht. Der Glaube an den Völkerbund ist in England ein so tief gewurzelter geworden, er hat so sehr religiöse Glaubensgewalt über die den Frieden erscheinenden Massen gewonnen, daß Hitler seinen nächsten Zweck, die englische öffentliche Meinung zu spalten und eine sofortige energische Reaktion der englischen Regierung zu verhindern oder zu mindestens sehr zu erschweren, zunächst erreichen konnte. Die Frage muß also erörtert werden, worin denn dieses Angebot in Wirklichkeit besteht, ob die Vereinbarungen, die Hitler vorschlägt, wirklich eine vermehrte Friedenssicherung bedeuten, selbst unter der unstatthaften Voraussetzung, daß Hitler Verträge zu halten in Zukunft gewillt wäre.

Hitler ist bereit, in den Völkerbund einzutreten. Aber das bedeutet ja gerade das Ende des Völkerbundes! Für alle wichtigen Beschlüsse des Rats ist Einstimmigkeit notwendig. Glaubt die Labour-Party wirklich, daß, wenn Deutschland Mitglied des Rats gewesen, die Bezeichnung Italiens als Angreifer erfolgt wäre? Und selbst wenn Hitler dafür zu haben gewesen wäre, welchen Preis hätte er für seine Zustimmung gefordert? Und umgekehrt, welche Verstärkung fände die Stellung Italiens oder Polens, wenn Deutschland erst wieder im Rat säße. Die Trennung in aggressive und pazifistische

Mächte wird durch den Eintritt der Angreifer in den Völkerbund nicht verhindert, der Eintritt der Angreifer legt vielmehr den Gegensatz in das Innere des Völkerbundes und führt zu seiner Lähmung. Welche Bindung der Vertrag selbst auf eine zum Angriff entschlossene Macht ausübt, hat ja eben das Beispiel Mussolinis so klar bewiesen, daß das selbst englischen Friedensgesundbetern nicht entgangen sein kann. Und es kann ihnen auch nicht entgangen sein, daß der Völkerbund seine Maßnahmen gegen den Angreifer — sehr im Gegensatz zum Fall Japan — erst spielen lassen konnte, als die englische Flotte im Mittelmeer erschien und Mussolini mit der kriegerischen Macht Englands und der gegen ihn gesammelten Koalition rechnen mußte. Aber selbst die stöckende und vorsichtige Gegenaktion durch den Völkerbund hätte nie stattfinden können, wenn Deutschlands Stimme im Rat es für richtig gehalten hätte, Italien nicht als Angreifer zu kennzeichnen.

Hitlers Eintritt in den Völkerbund kann also nur die Folge haben, jede Aktion der wirklich den Frieden schützenden Mächte zu verhindern. Hitlers Eintritt würde dem Völkerbund, dessen Friedensfunktion heute schon nur noch ausgeübt werden kann, wenn sie zugleich die Koalition der militärischen Uebermacht gegen den Angreifer darstellt, keine neue Stärkung bringen, sondern seiner ohnehin recht geringen Fähigkeit der Friedenssicherung das sichere Ende bereiten.

Aber die Bereitwilligkeit Hitlers, in den Völkerbund zu gehen, oder zumindest die, im Völkerbund zu bleiben, ist ja an ganz bestimmte Bedingungen gebunden. Die Regierung, erklärte Hitler im Reichstag, ist »bereit, wieder in den Völkerbund einzutreten, sie spricht dabei die Erwartung aus, daß im Laufe einer angemessenen Zeit auf dem Wege freundschaftlicher Verhandlungen die Frage der kolonialen Gleichberechtigung, sowie die Frage der Trennung des Völkerbundstatuts von seiner Versailler Grundlage geklärt wird.« Was ist koloniale Gleichberechtigung? Ein allererstes Indu-

strievolk von 65 Millionen hat wohl den gleichen Anspruch auf Kolonien wie England oder Frankreich, von so kleinen Putschern wie Holland, Portugal oder Belgien gar nicht zu reden? Jedenfalls, wenn die koloniale Gleichberechtigung erreicht ist, bestimmt Hitler einzig und allein. Und ebenso bestimmt er, ob die Frist, in der die Forderungen erfüllt sein müssen, »angemessen« ist oder nicht. Sonst ist Deutschland wieder um die Gleichberechtigung betrogen und die Ehre verlangt den — Austritt aus dem Völkerbund. Jedenfalls wird mit Deutschlands Eintritt in den Völkerbund das ganze imperialistische Programm verbunden und dessen Erfüllung als unmittelbare Forderung der Gleichberechtigung in angemessener Zeit proklamiert — eine feine Vermehrung der kollektiven Sicherheit!

Aber nicht minderen Explosionsstoff birgt die andere scheinbar so harmlose Forderung der »Trennung des Völkerbundstatuts von seiner Versailler Grundlage«. Denn nach der Wiederaufrüstung und der Beseitigung der entmilitarisierten Zone bleiben vom Versailler Vertrag im wesentlichen drei Bestimmungen: die Kolonialmandate, deren Beseitigung zugunsten Deutschlands Hitler fordert, das Verbot des Anschlusses Oesterreichs und die Festlegung der territorialen Grenzen, wie sie nach Kriegsende bestimmt worden sind. Mit der Loslösung vom Versailler Vertrag fordert also Hitler zugleich die unumschränkte, in ihrer Ausdehnung nur von ihm zu begrenzende Revisionsmöglichkeit, die Neuordnung Europas nach seinen Plänen — die Freiheit gegenüber Oesterreich und dem Osten. Darin können ihn auch die Nichtangriffspakte nicht im geringsten hindern. Sie im selben Augenblick vorzuschlagen, in dem Deutschland in den Völkerbund eintreten will, ist komisch, denn der Pakt, wenn er gehalten würde, schließt ja ohnehin jeden Angriff aus — vom Kellogg-Pakt gar nicht zu reden — und schließt die vorgeschlagene englische Garantie und zudem die aller anderen Völkerbundmitglieder ohnehin ein. Außerdem wird Deutschland nach der allein maßgebenden Rechtsauffassung Hitlers nie der Angreifer, sondern stets der Angegriffene sein.

Schließlich rechnet Hitler damit, daß England sich für die Garantieübernahme bedanken wird.

Die Häufung der Friedensangebote ist nur demagogisches Täuschungsmittel für die allzuvielen, die außenpolitisch Blinden. Und demselben Zweck dienen die anderen von Hitler vorgeschlagenen »Vereinbarungen«. Deutschland bietet Frankreich und Belgien, allenfalls auch Holland an, die Rheinzone wieder zu entmilitarisieren, wenn diese Länder ebenso tiefe Zonen ihrerseits entmilitarisieren. Frankreich hat einen für einen deutschen Angriff recht unbequemen Festungsgürtel an seinen Grenzen angelegt, um sich gegen das vielleicht heute schon militärisch stärkere Deutschland zu schützen. Es soll ihn jetzt selbst schleifen, seine wichtigsten Industriezentren und Paris dem deutschen Angriff unmittelbar aussetzen. Wäre Hitlers Plan nicht so verflucht gescheit, man wäre versucht, ihn herzlich dumm zu nennen. Er ist für Frankreich, solange die militaristische Diktatur in Deutschland herrscht, unannehmbar. Aber gerade deshalb ist er gemacht. Deutschland will gar nicht die Annahme.

Es will seine Grenzen so befestigen, daß Frankreich nicht oder nur mit unerhörten Opfern eingreifen kann, wenn Hitler den Moment für geeignet hält, im Osten — Oesterreich, Tschechoslowakei, Rußland — loszuschlagen. Frankreich soll von Europa isoliert werden, die Möglichkeit jeder Mitwirkung in Zentral- und Osteuropa verlieren, aufhören eine gesamteuropäische Rolle zu spielen! Freiheit im Osten — das ist der Preis, weshalb Hitler unter Umständen im Westen zunächst Frieden halten will, wenn man ihm diesen mit Kolonien abkauft.

Das ist der Zweck, für den Hitler, um England zunächst zu beruhigen, in den Völkerbund eine Zeit lang wieder eine Gastrolle geben will, das ist der Sinn seiner Gleichberechtigungspolitik! Es ist die Gleichberechtigung zwischen Tiger und Schaf. In der Zoologie kennen sogar die Schafe die Tigernatur, in der Politik gibt es welche, die sich darüber täuschen.

Dr. Richard Kern.

Wahl? Nein, Betrug!

Der Mißbrauch des deutschen Volkes

Am 29. März soll der Gewaltstreik Hitlers durch eine sogenannte Reichstagswahl unterstrichen werden. Diese Wahl ist ein einziger schamloser Betrug. Sie ist eine Vergewaltigung und ein Mißbrauch des deutschen Volkes. Es ist keine Wahl, weil jede Opposition verboten ist, jede Meinungsäußerung gegen die offizielle Liste unterdrückt wird. Diese sogenannte Wahl ist nichts als ein Schachzug im Spiel der Kriegsvorbereitung. Der Gauleiter Sauckel hat darüber gesagt:

»Diese Wahl ist keine Wahl, sondern ein Krieg, den wir mit dem Stimmzettel für uns entscheiden.«

Das sagt genug!

Mit dieser Wahl will Hitler die Verantwortung für seine Hasardeurpolitik auf das deutsche Volk abwälzen! Seine letzten Reden strotzen von Selbsterherrlichungen: Ich, ich, ich, ich! Ich habe die Verantwortung

übernommen, Ich trage die Verantwortung, Ich allein bin verantwortlich, Ich stelle mich dem Gottesurteil,

Ich bitte den Allmächtigen, mich zu töten, wenn Not und Elend für das deutsche Volk aus meiner Politik entstehen.«

So sprach er in Karlsruhe. Aber nur gemacht! Wenn die Stunde kommen wird, wo die Hasardeurpolitik zusammenbricht, wird er sich nicht an seine Karlsruher Rede, sondern an die Münchner halten. Dort sprach er:

»Wenn man nun sich irgendwo versammelt und über uns zu Gericht sitzen will: über jedem irdischen Richter steht der allmächtige Gott. Das ist der ewige Richter, er allein hat das Recht zu entscheiden, was Recht und Unrecht ist, und Gottes Stimme ist in diesem Falle Volkes Stimme, und Sie, meine Volksgenossen, sind daher allein meine Richter, Sie ganz allein.«

Das ist nicht die Stimme des Staatsmannes, der sich der freien Entscheidung des Volkes unterwirft, sondern die Geste eines

Gauklers, der mit einer erpreßten, zusammengeschobenen Diktaturwahl, der mit den Stimmzetteln eines geknechteten, belogenen, im Unklaren gelassenen Volkes sich eine Hintertüre aus der Verantwortung öffnen will.

Wenn einst die Politik Hitlers zusammenbrechen wird wie die Politik des Hasardeurs Ludendorff, dann wird er sagen: nicht ich trage die Schuld, sondern das deutsche Volk! Das deutsche Volk hat es so gewollt! Dann wird er vor der Verantwortung davonlaufen wie Wilhelm II. und Ludendorff, dann wird er das Volk beschimpfen für die Folgen seiner eigenen wahnwitzigen Politik. Dann werden die Verantwortlichen wieder vom Dolchstoß reden, und dem Volke, das die Zeche bezahlen muß, obendrein noch die Schuld zuschieben. Dann werden sie nicht mehr Gott den Allmächtigen bitten, sie zu töten, dann werden sie den

Opfern ihrer Diktatur und ihrer Verbrechen zynisch sagen: ihr habt es gewollt!

Wir sehen mit dem Grauen der Wissenden, daß das deutsche Volk betört und belogen am 29. März an die Wahlurne getrieben wird, so wie es einst auf die Schlachtfelder getrieben werden wird. Wir sehen aber auch, wie ausländische Staatsmänner ebenso betört über den Katastrophensinn dieser sogenannten Wahl hinwegsehen, ohne sich klar zu machen, daß Hitler die Overtüre zu einer neuen grauenhaften Weltkatastrophe spielt.

Wenn das deutsche Volk einst aufschreiben wird: »Wir sind belogen und betrogen worden« — so wird darin seine Entschuldigung liegen. Für die Staatsmänner aber, die die Vorbereitung des Furchtbaren begünstigen, gibt es keine Entschuldigung. Die Wahlfäden Hitlers allein müßten genügen, um ihnen zu zeigen, wohin sie steuern!

Holland — ein zweites Belgien?

Von außen bedroht, von innen unterwühlt!

Aus Amsterdam schreibt man uns: In Hitlers Reichstagsrede hat natürlich hierzulande der Passus besondere Beachtung gefunden, der die Ausdehnung des angebotenen 25-jährigen Nichtangriffspaktes für den Westen auf Holland vorschlägt. Aber man kann nicht sagen, dies Angebot habe beruhigend gewirkt. Im Gegenteil! Es enthält mit peinlicher Deutlichkeit Hitlers Absichten für den Fall, daß der Westpakt nicht zustande kommt oder daß er eines Tages nach Nazi-Manier für »nichtig« erklärt wird; dann wird Holland die Rolle Belgiens von 1914 spielen.

Die Antwort der holländischen Regierung auf Hitlers Rede hat denn auch darin bestanden, die turnusmäßig zur Beurlaubung gelangenden Dienstpflichtigen der Infanterie- und Radfahrer-Regimenter bei den Waffen zurück zu behalten. An sich bedeuten die dadurch gewonnenen 3000 Mann Verstärkung nicht viel; Holland ist militärisch überhaupt kein starkes Land. Aber die Geste zeigt doch, wie »sicher« man sich infolge der Hitlerschen Friedens-Schulmalen mit Süßbrot-Begleitung hier fühlt. Daß die holländische Grenze gegen Deutschland zur Zeit militärisch stark besetzt ist, unterliegt keinem Zweifel.

Doch es ist nicht der militärische Einfall allein, den man fürchtet. Ähnlich wie die deutschen Besatzungsbehörden in Belgien während des Krieges die Vlamen gegen die Wallonen auspielten, sucht sich die Nazi-Bewegung seit Jahr und Tag in Holland innere Stützpunkte zu schaffen. Hierzu bedient sie sich zweier Werkzeuge: der holländischen Nazi-Bewegung (N. S. B.) und der im Land zahlreich ansässigen Reichsdeutschen. (Es gibt hier — trotz Krise und Arbeitslosigkeit — noch über 50.000 deutsche Arbeitnehmer im Lande, dazu einige tausend deutsche Selbständige.)

Es dürfte kein Zufall sein, daß der unverschämteste Terror, den verkappte deutsche Nazi-Organisationen unter den Augen der niederländischen Behörden gegen alle im Lande ansässigen Reichsdeutschen ausüben, in den letzten Wochen wiederholt die holländische Öffentlichkeit beschäftigt hat. Wesentlich ist aber folgendes:

Die Regierung selbst hat die von sozialdemokratischer und katholischer Seite vorgebrachten Beschwerden über das terroristische Treiben der Nazi-Deutschen zweimal öffentlich als vollberechtigt anerkannt.

Das einmal geschah das in der Antwort der Minister van Schaik und de Gräff auf eine parlamentarische Anfrage des Abg. Goseling (röm.-kath.), das anderemal durch eine Rede des Justizministers van Schaik in der Ersten Kammer, die Antwort gab auf das von Dr. Pollack (soz.) vorgebrachte Tatsachenmaterial. Der Minister van Schaik erklärte offen: die geduldeten landmannschaftlichen Ortsvereine der Deutschen haben sich in letzter Zeit zu Ortsgruppen einer von Deutschland aus geleiteten Nazi-Organisation auf holländischem Boden entwickelt.

Jedoch versicherte der Minister: die Regierung sei fest entschlossen, dem ein Ende zu machen. Ebenso werde sie auf das schärfste in jedem Fall einschreiten, wo die deutschen Organisationen versuchen sollten, gegen Deutsche, die in Holland ansässig sind, terroristisch vorzugehen. (Hierüber hatte Gen. Pollack ein eingehendes Tatsachenmaterial vorgebracht. Man versucht sogar, unter den Deutschen in Holland einen Judenboykott zu organisieren!) Ausländer, die das Gastrecht mißbrauchen — so schloß der Minister — sind in Holland nicht willkommen und werden ausgewiesen.

Sehr charakteristisch ist auch ein Passus

Der Betrug der Nichtangriffspakte

Der Angriff Hitlers auf die Idee der kollektiven Sicherheit

Der diplomatische Großkampf, der durch die Rheinlandbesetzung entfacht worden ist, ist noch in vollem Gange. Die entscheidende Frage dabei ist nicht, ob der Völkerbundsrat das Vorgehen Hitlers verurteilt oder nicht. Daß eine solche Verurteilung von problematischem Wert ist, haben die Beschlüsse von Stresa gezeigt. Die Schärfe der Verurteilung, die der Völkerbundsrat auf Grund der Beschlüsse von Stresa ausgesprochen hat, kann nicht mehr übertroffen werden. Ohne politisch-moralische Konsequenzen wird eine neue Verurteilung wirkungslos bleiben. Die Hauptfrage ist, wie sich die Völkerbundsmächte zu Hitlers Vorschlägen stellen werden. In der Stunde, in der wir dies schreiben, scheint es, als ob die Grundidee des Völkerbundes, die Idee der kollektiven Sicherheit, in den Strudel der Krise gerissen sei, um darin unterzugehen.

Die Pläne Hitlers sind nicht neu. Sie entsprechen seinem Kampfprogramm vom 21. Mai 1935 gegen den Völkerbund, das unter dem Namen der 13 Punkte Hitlers bekannt geworden ist. Der Hauptinhalt dieses Programms ist die Ersetzung der kollektiven Sicherheitsgarantien durch zweiseitige Nichtangriffsverträge. Wir haben damals festgestellt, was hier »zweiseitige Nichtangriffspakte« bedeuten:

»Die Auslieferung der Nachbarstaaten Deutschlands an die Willkür der braunen Machtpolitik. Nichtangriffspakte mit den Nachbarstaaten, aber kein allgemeines System; an die Stelle des kollektiven Schutzes für den Angegriffenen soll nicht nur die Isolierung des Angreifers, sondern auch die Isolierung des Angegriffenen treten! Der Kriegsherd soll lokalisiert werden. Das ist der schärfste Gegensatz zu der These vom unteilbaren Frieden, es ist der Wille zur Rückkehr zu einem System, das den Schwachen der Gnade des Mächtigen ausliefert. Es ist im Prinzip ein Versuch, die Gemeinschaften der Schwachen aufzulösen zugunsten der Starken, das offene Eingeständnis der Tendenz, die kleineren Nachbarstaaten Deutschlands unter dem Drucke der braunen Militärmacht dem Willen des deutschen Despotismus gefügig zu machen. Es verwandelt die Nachbarstaaten Deutschlands in deutsche Einflusssphären, in ausgelieferte Pufferstaaten. Der braune Despotismus entsagt feierlich allen Er-

oberungen? Hat er sie bei solcher Gestaltung der Verhältnisse in Mitteleuropa noch nötig?«

Wenn die braune Militärmacht ein kleineres Nachbarland überfällt, sei es nun auf dem Wege der Erpressung, sei es mit offener Gewalt, dann soll der Schwache allein stehen, das Hitlertgesetz, das Europa auferlegt werden soll, soll alle verpflichten, Nachbarn, Freunde, Bundesgenossen, rechtlebende Völker den angegriffenen Schwachen allein zu lassen! Das ist die völlige Verneinung der europäischen Konstellation von heute, es ist die Errichtung der Terrorherrschaft über die kleinen Staaten.«

(»Neuer Vorwärts« Nr. 102. 26. Mai 1935.)

Am 14. September 1935 sprach Litwinow in der Vollversammlung des Völkerbundes in Genf über die deutschen »Nichtangriffspakte«:

»Wir kennen eine andere politische Doktrin, die sich der Idee der kollektiven Sicherheit entgegenstellt und den Abschluß zweiseitiger Verträge empfiehlt, nicht etwa zwischen allen Staaten, sondern zwischen zu diesem Zweck willkürlich ausgewählten Staaten. Diese Doktrin hat mit den pazifistischen Ideen nichts zu tun. Nicht alle Angriffspakte sind unter dem Gesichtspunkt der Verstärkung des allgemeinen Friedens geschlossen worden. Während die Nichtangriffspakte, die die Sowjetunion mit ihren Nachbarn geschlossen hat, eine Spezialklausel enthalten, die die Gültigkeit des Paktes aufhebt für den Fall, daß eine der Parteien einen Angriff gegen einen dritten Staat unternehmen würde, kennen wir andere Nichtangriffspakte, die eine solche Klausel nicht enthalten. Daraus geht hervor, daß ein Staat, der sich mit Hilfe eines solchen Nichtangriffspaktes den Rücken gedeckt hat, mit Leichtigkeit dritte Staaten ungestraft angreifen kann. Es ist auch nicht weiter erstaunlich, daß die Anhänger solcher Pakte sich für die Lokalisierung des Krieges aussprechen. Wer Lokalisierung des Krieges sagt, versteht darunter, daß der Krieg frei und legal sei. So kann ein zweiseitiger Nichtangriffspakt eine Garantie für einen Angriff werden. Wir sehen uns zwei klar unterschiedenen politischen Doktrinen gegenüber: auf der einen Seite die Sicherheit der friedlichen Nationen, auf der anderen Seite die Sicherheit des Angriffs. Glücklicherweise bekennt sich nur eine kleine Zahl von Staaten zu dieser zweiten Doktrin, und die, die sie annehmen, verraten

dadurch in den Augen der ganzen Welt, daß sie wahrscheinlich Begünstiger von Friedensstörungen sein werden.«

Damit war von aller Welt aufgezeigt, was an der Programmklärung Hitlers vom 21. Mai Wirklichkeit war. Auch die englische Politik war damals nicht gesonnen, die Idee der kollektiven Sicherheit der Hitlerschen Doktrin zu opfern. Am 11. Juli 1935 antwortete Sir Samuel Hoare im Unterhaus auf Hitlers Vorschläge:

»Was den Ostpakt und die Unabhängigkeit Oesterreichs anbetrifft, so möchte ich feststellen, was unser Interesse an diesen Fragen ist. Die Tatsache, daß wir keine neue Verpflichtung übernehmen wollen, schließt unser Interesse an der Regelung dieser Fragen nicht aus. Es gibt gewisse Regierungen in Europa, die Mittel- und Osteuropa als die Gefahrenpunkte ansehen. Einige von ihnen gehen bis zu dem Glauben, daß eine Vereinbarung im Westen, zum Beispiel mit Hilfe eines Luftpaktes, die von den anderen Fragen losgelöst wäre, die Gefahr im Osten nur noch brennender machen würde. Ohne mich dieser Besorgnis anzuschließen, gebe ich nichtadestoweniger zu, daß ein Krieg, der in Mittel- oder Osteuropa entzünden würde, zu einem allgemeinen Brand führen müßte. Unter diesen Umständen ist es wesentlich, ohne Aufschub die Lage an den gefährlichen Punkten, die existieren können, in Betracht zu ziehen. Aus diesem Grunde wünscht die britische Regierung auf das entschiedenste, daß ein Ostpakt und ein Donaupakt so rasch wie nur möglich ratifiziert werden. Es ist jetzt am deutschen Reichskanzler, einen wirklichen Beitrag zu der Sache des Friedens zu leisten, einen Beitrag, der die Gründe der Besorgnis zahlreicher Regierungen nicht allein in Mittel- und Osteuropa, sondern auch im Westen zerstreuen würde.«

Die englische Politik stellte damals Hitlers Doktrin der Isolierung die Forderung des kollektiven Sicherheitssystems entgegen. Heute hat Hitler nichts anderes getan, als seine Vorschläge vom 21. Mai 1935 zu wiederholen, nach neuem Gewaltstreich und neuem Vertragsbruch, die englische Politik jedoch ist auf dem besten Wege, ihre Stellung von damals preiszugeben und eine Bahn zu betreten, die zur Zerstörung des internationalen Vertragsrechts und zur Auslieferung der Schwachen an die Diktatur Hitlers führen muß.

in der Antwort auf die Anfrage des Abg. Goseling: von allen Ausländervereinen haben danach allein die deutschen Anläß zu Klagen gegeben.

Trotzdem wird es der holländischen Regierung nicht leicht werden, den deutschen Terror auf ihrem Gebiet zu brechen. Der Minister van Schaik wies in seiner Rede auf den springenden Punkt hin: die Regierung kann nur dort einschreiten, wo sie ausreichendes Beweismaterial besitzt. Nun gehört es zum Wesen des Terrors, seine eigene Existenz durch Einschüchterung der Terrorisierten zu verdunkeln. Das ist im Falle nicht schwer: Man droht jedem Deutschen, der Anzeige erstatten sollte, mit Bestrafung für den Fall, daß er einmal nach Deutschland zurückkommt (mit der Absicht trägt sich jeder Deutsche hierzulande, — sei es nur zum vorübergehenden Besuch von Angehörigen), oder man kündigt ihm Repressalien gegen seine in Deutschland wohnenden Verwandten an.

Dazu kommt die Unterstützung der reichsdeutschen Nazis durch den holländischen Ableger, die N. S. B. Es ist sehr charakteristisch, daß nach Hitlers Rechtsbruch die holländische öffentliche Meinung geschlossen gegen die Nazi-Regierung Stellung nahm — mit Ausnahme der N. S. B.! Das Erste-Kammer-Mitglied der N. S. B., Graf de Marchant et d'Ansemburg, der übrigens im Weltkrieg als kriegsfreiwilliger Offizier im deutschen Heere gefochten hat,

erklärte in öffentlicher Versammlung: Hitler habe Recht getan mit der Rheinlandbesetzung!

Das offizielle Organ der N. S. B. »Volk und Vaterland« erscheint soeben mit einem vom »Führer« Mussert persönlich gezeichneten Artikel, der in die gleiche Kerbe haut! — An der einseitigen Aufkündigung des Locarno-paktes durch den deutschen Diktator nimmt sein holländischer Kollege keinerlei Anstoß. Im Gegenteil, er begrüßt es, daß Deutschland militärisch so stark geworden sei, um diesen Schritt wagen zu können.

Mit Recht stellt unser Bruderblatt »Het Volk« hierzu fest: »Die N. S. B. ist eine nationale Gefahr. Sie ist es in der

Tat. Bis heute hat Mussert — auch darin seinem Vorbilde getreu — jede Auskunft darüber verweigert, wer ihn finanziert. Man kann es erraten: die Stelle, die ein Interesse daran hat, Holland für den Fall eines europäischen Krieges innerlich zu unterwühlen! M.

Trommelfeuer im Äther

Der Funkkrieg hat begonnen. — Trommelfeuer auf die Radiosender Straßburg und Moskau

Bis zum 7. März war es dem Bewohnern des Dritten Reiches immer noch möglich, sich durch den Rundfunk über die wichtigsten Vorgänge im Ausland zu unterrichten. Besonders der Moskauer Sender wurde gern gehört, obwohl das Abhören als strafbare Handlung gilt und mit Zuchthausstrafen geahndet wird, wenn es durch mehrere Personen gemeinsam erfolgt.

Seit dem 7. März ist aber selbst mit den besten Radioapparaten der Moskauer Sender nicht mehr hörbar. Es war naheliegend, an diesem Tage das Echo der Hitlerrede durch ausländische Sender zu verfolgen. Wien, Prag, Luxemburg und andere Sender deutscher Sprache nahmen zunächst keine Stellung. Auch Rom, das seit Beginn des abessinischen Krieges regelmäßig in deutscher Sprache Propaganda für Mussolini übermitteln, beschränkte sich auf die Nachricht, daß der Inhalt der Hitlerrede um 11 Uhr vormittags den fremden Botschaftern in Berlin bekannt gegeben worden wäre. Moskau bezeichnete als »außenpolitisches Hauptereignis der Woche« die Erklärungen, die Stalin einem amerikanischen Journalisten einige Tage früher gegeben hatte. Als dann die Rede auf Angriffsstaaten kam, die darauf ausgingen, mangels direkter Nachbarstaaten »Grenzen auf Kredit« zu nehmen (es war um 21.08 Uhr), setzten durchschlagende Rasselgeräusche ein. Seit diesem Tage sind von den Moskauer Sendungen in deutscher Sprache immer nur einzelne Worte hörbar.

Inzwischen aber wurde dem Ausland über alle deutsche Sender die Rede wiederholt, die Hitler in der Kroll-Oper gehalten hatte.

Der Straßburger Sender kündigte dann am Sonntag, den 8. die deutsche Ueberset-

zung der Rede des französischen Ministerpräsidenten Sarraut an, die auch mit großer Verspätung übertragen wurde. Sarrauts Rede konnte jedoch nur ungenau und in einzelnen Bruchstücken gehört werden. Auf der Straßburger Welle (349 m) lag plötzlich ein bisher unbekannter Sender, der mit hoher Kapazität hohe Summertöne aussandte. Kraftstellen in der Rede Sarrauts, wurden außerdem durch einen noch stärkeren Morse-Sender überhört.

Seitdem werden alle Sendungen deutscher Sprache aus Straßburg ebenfalls systematisch gestört. Nur ist das System dafür sozusagen verfeinert worden. Der tönende Brumm-Sender beginnt seine Tätigkeit regelmäßig kurze Zeit vor der Nachrichtenübermittlung.

Außerdem aber laufen auf der gleichen Welle zwei andere ebenso starke Sender, von denen jeder offenbar immer die gleiche Schallplatte spielt: Walzertakte und Glockengeläut. Diese Schallplatten setzen vorübergehend aus oder werden schwächer, wenn Straßburg Nachrichten übermittelt, die sich nicht mit Deutschland befassen. Dann stört nur der Brumm-Sender. Alle referierenden Nachrichten aber, Berichte über den Völkerbund, Pressestimmen usw. werden durch die vereinte Arbeit der drei Stör-Sender in Deutschland unhörbar gemacht. Läßt man die Einstellung des eigenen Radioapparates unverändert, so ist eindeutig feststellbar, wie innerhalb von fünf Minuten nach Beginn der Nachrichtensendung aus Straßburg einer dieser drei Stör-Sender nach dem andern seine Tätigkeit einstellt und die in Straßburg meist anschließenden Konzertübertragungen sind dann, wie immer, absolut störungsfrei hörbar.

Die deutschsprachigen Sendungen aus Moskau aber werden seit dem 7. März ganz systematisch ohne Rücksicht auf ihren Inhalt gestört. Das geschieht durch zwei oder drei Sender, die mit höchster Kapazität arbeiten. Zwei senden Rassel-Geräusche in gleich bleibendem, hohen und tiefen Ton und der dritte übermitteln in schnellstem Rhythmus Geräusche ähnlich einer Büdfunkübertragung.

Die Reden von Hitler, Görbbels und Göring aber sind von allen deutschen Sendern ohne jedwede Störung und wahrscheinlich weit über die Grenzen des Reiches hinaus, zu vernehmen.

Braune in Amerika

Ein Stimmungsbild.

Aus Cincinnati wird uns geschrieben: Die Leitung der hiesigen Ortsgruppe der »Freunde des neuen Deutschland« (d. h. der Nazis) liegt in den Händen eines Heinrich Klohe. Er ist bei der Freien Presse, Cincinnati, beschäftigt, der hiesigen deutschen Zeitung, die schon immer reaktionär war und seit Hitlers Kommen sich wie viele deutsche Zeitungen im Auslande freiwillig gleichgeschaltet hat. Seit neun Jahren bin ich in Amerika und seit dieser Zeit ist die Zeitung sehr zurückgegangen, an Umfang und an Leserschaft. Sie hat alle jüdischen Inseratenaufgeber verloren, obwohl sie voriges Jahr sehr höfliche Verbeugungen vor dem hiesigen Judentum gemacht hat. Leute, die im Zeitungsfach arbeiten, haben uns erklärt, daß die Zeitung absolut nicht mehr existenzfähig sein kann. Da nun die Zeitung für die republikanische Partei gewöhnlich Propaganda macht, so lag die Vermutung nahe, daß sich aus dieser Partei heraus Geldgeber finden, die Zeitung über Wasser zu halten. Aber vorsichtige Fühlungnahme an diese Kreise hat ergeben, daß dies nicht sein kann. Bleibt nur noch die Möglichkeit, daß das Geld von Deutschland kommt.

Ueber die Stärke der Naziorganisation in Cincinnati werden verschiedene Angaben gemacht. Sie selber hat einmal von 400 Mitgliedern gesprochen. Aber die Teilnahme am Deutschen Tag 1935 läßt die Zahl 200 wohl richtiger erscheinen. Gegenwärtig scheinen sie auch eine Krise durchzumachen. Es mehren sich die Fälle, daß Deutsche, die für eine Besuchsreise nach Deutschland gehen und wieder nach Cincinnati kommen, gar nicht mehr so begeistert reden als sie es vor ihrer Reise getan haben. Ja, sogar Leute, darunter hundertprozentige Nazis, die mit der Absicht gingen, in Deutschland zu bleiben, kommen wieder. Ein Fall davon ist besonders interessant. Ein Nazi ging zurück nach Deutschland, nach seiner Meinung für immer. Bei einem anderen Nazi wurde eine Abschiedsfeier abgehalten, über die ein besonderer Artikel in der »Freien Presse« erschien. Er ist wieder zurück von Deutschland. Ebenso kommt eine ganze Familie wieder nach Amerika, die im September v. J. ihren ganzen Haushalt auflöste und in Dresden zu bleiben gedachte. Neben begeisterten Worten über das neue Deutschland enthielt der erste Brief dieser Leute bereits Sätze, die uns hier zu der Auffassung gelangen ließen, sie werden im Laufe dieses Jahres zurückkommen. Und bereits der zweite Brief an dieselbe Adresse brachte diesen von uns erwarteten Bescheid. Manche Deutschlandbesucher erzählen freimütig, was sie erlebt und gehört haben. Andere wieder erzählen wenig. Und eine dritte Sorte Leute sagt nur dann die Wahrheit, wenn sie sicher sind, daß es nicht von Leuten gehört wird, von denen sie wirtschaftlich abhängen und die den Nazis gegenüber äußerst loyal sind.

Bei der Councilmen-Wahl im November (Council of the City of Cincinnati — neun Personen, die die Geschäfte der Stadt leiten) ist ein Mitglied nicht mehr gewählt worden. Er hatte am Deutschen Tag im August mit auf der Tribüne gesessen, als die Nazis eine im Programm nicht vorgesehene Demonstration (Rede, Hitlergruß, Horst-Weasellied) starteten. Eine ganze Woche lang haben sich die amerikanischen Zeitungen der Stadt damit beschäftigt. Auch ein Kandidat der Schulkommission der immer zusammen mit dem Council-Mann auf Agitation ging, ist bei der Wahl unterlegen.

Als ich am 3. Juli v. J. amerikanischer Bürger wurde, fragte man uns alle, ob unter den Bewerbern Leute seien, die Anarchisten, Freunde des Neuen Deutschlands oder Mitglieder des Mazedonischen Geheimbundes imro seien. Doch niemand meldete sich, obwohl mindestens Freunde des N. D. dabei waren. Es ist schon vorgekommen, daß man solche abgelehnt hat. Ja, auf dem Bundesgericht, wo die Einbürgerungen stattfinden, da haben diese Brüder nicht ein so großes Mundwerk!

Deutsche Justizschande

Freisler spricht von »Ehrgefühl«. Vor einiger Zeit wagte es das Bielefelder Schöffengericht, einen Mann freizusprechen, der unter der Anklage stand, »die NSDAP durch Beschimpfung der Toten der Bewegung beleidigt zu haben«. Nicht nur die Berufs-, sondern auch die Mehrzahl der Laienrichter, der Schöffen, waren also zu der Überzeugung gelangt, daß der Angeklagte schuldlos sei. Da einerseits die Schöffen jetzt nach braunen Gesichtspunkten ausgewählt werden, da andererseits ein Freispruch solcher Art im Dritten Reich gefährlich ist, darf man die denkbar sorgfältigste Prüfung voraussetzen. Der Staatsanwalt legte natürlich

Deutsche Streiflichter

Hurrapöbel und Volk

... und wie Du aus den einliegenden photographischen Ansichtskarten ersehen kannst, die aus Koblenz und Köln stammen, war der eigentliche Einmarsch gar nicht so sehr von Begeisterung unbraust, wie es in den Zeitungen geschildert wird, denn die meisten Rheinländer sind noch immer nicht militärbegeistert. Du siehst, daß die Leute neugierig dastehen mit dem Hute auf dem Kopf, und kaum einer die Hand zum deutschen Grusse erhebt. Man war nämlich zuerst auch ganz verblüfft, denn die Truppen kamen wirklich überraschend, daß sie zuerst nur von den zufälligen Straßenpassanten gesehen wurden. Lebendiger wurde es eigentlich erst, als nach Schulschluß die Jugend auf die Straßen strömte und mehr und mehr auch die holde Weiblichkeit in Aktion trat, die endlich mal wieder »Zaldate« hatte. Am Abend kamen dann die offiziellen Fackelzüge und die Stimmung wuchs. In den Gesprächen hörte man auch wieder eine gewisse primitive Bewunderung für Hitler und seine Gewaltstreich. Die Arbeiterschaft, die ja bis zum Abend in den Betrieben war, ist aber im großen und ganzen an der Sache gar nicht beteiligt gewesen. Man muß aber auch sagen, daß außerhalb der noch aus der früheren Zeit politisch geschulten Menschen die allermeisten gar nicht merkten, daß sich ein außenpolitisch schwerwiegendes Ereignis vollzogen hatte, weil insbesondere die Jugend ganz unter dem Eindruck lebt, daß sich das Dritte Reich alles herausnehmen darf und die anderen schon kuschen werden. Es ist da wieder ein übermäßiges Kraftgefühl, wie es auch 1914 im Bürgertum und in indifferenten Arbeiterschichten der Fall war, und man darf sich nicht darüber täuschen, daß namentlich bei den gesteigerten und einseitigen Propagandamitteln vorübergehend derselbe Rausch zu erzielen ist wie damals, aber wirklich nur vorübergehend, denn bei den überhitzten Illusionen müßte die Enttäuschung an der Wirklichkeit furchtbar werden. Hier im Rheinlande hoffen nun auch wieder viele auf Wirtschaftsbelebung durch die Truppen, und zwar nicht nur wegen der Garnisonen, sondern auch wegen der zu erwartenden Festungsbauten, worüber viele sich märchenhafte Erwartungen machen. Rein militärisch gesprochen muß ich Dir mitteilen, daß die Truppen auf uns, die wir meistens von dem neuen Heere noch nichts gesehen hatten, einen guten Eindruck machen, und man muß auch sagen, daß ihr Einmarsch ernst und ohne Theatralik war, zumal namentlich die technischen Waffen dazu auch wenig geeignet sind. Wahrscheinlich aus politischen Gründen dürfen sich die Soldaten auch nur wenig in der Öffentlichkeit zeigen und bekommen nur wenig Stadurlaub, so daß eigentlich, nachdem der Einzugsstag vorüber war, von dem Ereignis nicht mehr viel gesehen wurde. Bei uns hat sich natürlich der Eindruck verstärkt, daß wir mehr und mehr dem Kriege uns nähern, aber in großen Bevölkerungsteilen glaubt man noch an die Friedensreden Hitlers und hat auch jedes Gefühl für die Innehaltung internationaler Verträge verloren. Viele geben Frankreich die Alleinschuld, zumal sie in der Presse und in Versammlungen nie etwas anderes hören und auf den Gedanken, daß das innerpolitisch abwirtschaftende System Ablenkung nach außen sucht, kommen nur unsere politisch denkenden Kaders, und die lassen sich allerdings auch jetzt keinen Augenblick täuschen.

Kanonenchristen

Erst wenn schwere Geschütze, Tanks und Minenwerfer um die Kirchen rasseln, fühlen sich deren Führer ganz in ihrem christlichen Element, wie sie es auffassen. Man wird sich also nicht wundern, daß der Generalsuperintendent D. Zöllner als Präsident des Reichskirchenausschusses am Tage des Ein-

marsches der Truppen in das Rheinland, dem »Führer« telegraphierte, die ganze Evangelische Kirche stehe zum letzten Einsatz bereit. Das Telegramm hätte eigentlich kurz und bündig lauten dürfen: Evangelische Kirche angetreten zur Mobilmachung!

Erstaunlicher sind schon die Ekle und der Elfer, die Kardinäle und Bischöfe entwickelten, um es der evangelischen Konkurrenz gleich zu tun. Nicht einer der Herren im Rheinlande hielt sich zurück. Der Kardinalerzbischof von Köln telegraphierte »mit ergriffener Seele« an den Oberbefehlshaber der Wehrmacht Blomberg und begründete die Wehrmacht als Hüterin des Friedens und der Ordnung und »eingedenk des erhebenden Beispiels opferbereiter Vaterlandsliebe, ernster Manneszucht und aufrichtiger Gottesfurcht, das unser Heer von jeher der Welt gegeben hat.« Wer will, mag daraus vielleicht ein erleichtertes Aufatmen hören, zumal dasselbe Telegramm »von berufenen Waffenträgern« unseres Volkes spricht. Vollkommen kriegervereinstimmte ist aber der Bischof von Speyer, der an die Reichspressestelle diese Erklärung gegeben hat:

»Wenn der allgütige Gott den neuen langersehten Leuz in unsren sonnigen Gau einziehen läßt, werden neue Hoffnungen und Freuden in allen Herzen erweckt. Unter den Strahlen einer lachenden Lenzesonne marschiert heute unsere Wehrmacht wieder in die früheren Garnisonstädte ein herzlich begrüßt von der gesamten Bevölkerung, die sich die Erinnerung an die fried- und freudvolle Verbundenheit mit ihren Truppenteilen vergangener Jahre wohl bewahrt hat. Wenn es dem gütigen Gott gefallen hat, zu den Freuden und Hoffnungen des heurigen Frühlings auch das Glück und die Ehre der Wiederwehrhaftmachung unserer Heimat uns zu schenken, so soll uns das in der frohen Zuversicht bestärken, daß der Einzug unserer wackeren Wehrmacht unserm Grenzland wieder zum Nutz und zum Segen werde.«

Da wird wieder einmal stur wie einst der nationale deutsche Kriegsgott bemüht, der in seiner Allgüte und Allweisheit allein und nur die deutschen Waffen segnen möge. Welch ein guter Heber Gott, der uns endlich am Rhein zu Pfirsichblüten und Lerchentrollern auch Tanks und Bomber geschenkt hat! Jetzt erst kann in den rheinischen Dömen die Gemeinde aus dankerfüllter Brust singen: »Großer Gott wir loben dich...« Und was will schon das bishen Konkordatsverletzung besagen, wenn es dafür wieder Garnisonen gibt! Der Soldat, der sich seiner Waffe freut, ist stügerecht. Bischöfe, die, zumal in der jetzigen kirchlichen Situation in Deutschland, die militärische Herausforderung Europas mit Segenssprüchen begrüßen, sind widerlich. Wenn sie schon aus primitiven Instinkten sich des kriegerischen Schauspiels freuen oder aus elender Menschenfurcht glauben, sich politisch bei ihren Bedrückern und Verächtern anbieten zu müssen, so sollten sie wenigstens Bodenstedts Wort beachten: »Nur schweig von euerm Christentum, gepredigt aus Kanonenschlingen!«

Sinkende Volkskraft

Die deutsche Presse kann bei der Besprechung der neuesten Veröffentlichung des Statistischen Amtes über Eheschließungen und Geburtenhäufigkeit nicht ganz verschweigen, daß auch bevölkerungspolitisch die künstliche Staatskonjunktur einen schweren Rückschlag erleidet. Sieht man sich die offiziellen Zahlen genauer an, so zeigt sich, daß sie mit der zunehmenden Wirtschaftskrise und Lebensmittelerhöhung parallel gehen und die aufmunternden Predigten vor den Realitäten der Sorgen um die Nahrung versagen; was immerhin lehrt, daß auch viele junge Deutsche Verstand und Verantwortungsgedühl noch nicht ganz verloren

haben. Das Statistische Amt schätzt für das Jahr 1935 einen Rückgang der Eheschließungen von 740.000 auf 650.000. Genaue Ziffern liegen bisher für die 55 deutschen Großstädte vor, in denen im Jahre 1935 nur noch 217.252 Ehen gegenüber 252.865 im Vorjahre geschlossen wurden. Das ist ein Rückgang von 14,1 v. H. Bezeichnend aber ist, daß die Zahlen von Monat zu Monat sinken. Im Dezember war der Rückgang schon 22,2 v. H. Auf 1000 Einwohner kamen im Dezember nur noch 10,7 Eheschließungen gegenüber 13,8 im Dezember 1934 und 15,7 im Dezember 1933. Das ist also mehr Absturz als Rückgang. . . .

Mit dem Geburtenrückgang geht es allmählicher. Da kann sich die verminderte Eheschließung erst in diesem Jahre auswirken, da nicht anzunehmen ist, daß Landhilfe und Arbeitsdienst die ehelichen Geburten durch uneheliche so stark übertreffen. Für das gesamte Jahr 1935 wurden noch 310.947 (i. V. 291.331) Geburten gemeldet oder ein Mehr von 6,7 v. H. Im Dezember 1935 jedoch war die Geburtenziffer mit 24.702 (i. V. 25.840) schon um 4,4 v. H. niedriger als vor einem Jahre, nachdem sich die Ziffer schon seit Oktober unter dem Vorjahresstand gehalten hat. Wie der Rückgang der Eheschließungen zeigt, ist nun mit einer weiteren Verstärkung dieser sinkenden Tendenz zu rechnen.

Verschwiegen wird von der deutschen Presse, daß auch die Sterblichkeit der Großstadtbevölkerung im Jahre 1935 mit 224.631 (207.639) wesentlich ungünstiger ist als im Vorjahre. Allerdings rechnet das Statistische Reichsamte noch mit einem winzig größeren Geburtenüberschuß als im Vorjahre: 7,2 pro Mille gegen 7,1 pro Mille, aber in den letzten Monaten ist der Geburtenüberschuß schon hinter dem Vorjahre zurückgeblieben. So ist denn auf einem Gebiete der Statistik, das nicht so retuschierungsfähig ist wie Zahlen der Wirtschafts- und Finanzstatistik, genau abzulesen, daß sich der Propagandaschwindel des Dritten Reiches allmählich in Dunst auflöst und dahinter die Wahrheit des Niederganges sichtbar wird.

Endlich allein

»Es ist mitunter und mit den verschiedensten Gefühlen beobachtet worden, wie sehr seit dem Machtantritt des Nationalsozialismus in Deutschland der jeden einzelnen, sei es als Leser, als Hörer oder als Reisenden erfassende kulturelle Austausch mit anderen Ländern nachgelassen hat. Ein Versuch, das aus einer politischen Absicht deutscher Behörden zu erklären, wäre ebenso unzulänglich, wie eine Vermutung, dieser Rückgang hänge mit Devisenschwierigkeiten zusammen. Entscheidende Schranken wären vielmehr erst da aufgerichtet, wo die Möglichkeiten des Verständnisses einander ausschlossen. Die innere Entwicklung des neuen Deutschland vollzieht sich unter einer solchen Spannung, daß uns die Fähigkeit zur Aufnahme einer so gelöteten, in einem gewissen Sinne »natürlichen« Kunst, wie es die französische ist, fast verloren zu gehen droht. Die Sehnsucht nach Begegnung mit dem Fremden kann ihren Gegenstand nicht mehr erfassen und ist heute als eine Leere fühlbar. Sie ist nur der negative Ausdruck eines Prozesses, der eine Nation schaffen soll. Es ist nicht verwunderlich, daß Deutschland in diesem Zustand dem Auslande als rätselhaft, oft als beunruhigend erscheinen mag. Es ist von außen so wenig gerecht zu verstehen, wie es heute imstande ist, mit den früheren Maßstäben nach drüben zu blicken.«

»Frankfurter Zeitung« in der Beilage »Hochschule und Jugend« am 1. März 1936. Hannes Wink.

Berufung ein, aber auch die große Strafkammer kam zu einem Freispruch. Jetzt nahmen sich die beamteten Rechtsbrecher der Sache an. Die deutschen Zeitungen melden:

In einer Massenversammlung in der Bielefelder Ausstellungshalle, mit der der Wahlkampf in Westfalen-Nord eröffnet wurde, nahm Staatsrat Freisler, Staatssekretär im Reichsjustizministerium, auch zu diesem sonderbaren Freispruch Stellung. . . . Er erklärte, wenn heute jemand so wenig Empfinden für die deutsche Seele und für deutsches Ehrgefühl habe, daß er die Toten der Bewegung ungestraft beschimpfen lasse, dann sei dieser Mann kein deutscher Richter.

Damit ist über den Freisprochene das Urteil gefällt. Auf den Wink des Herrn Staatsrates hin wird er zweifellos von braunen Schergen halb oder ganz totge-

schlagen werden. Und die öffentlich beschimpften Richter? Sind am längsten Richter gewesen, denn sie haben es gewagt, Recht zu sprechen — und dem Recht darf im Dritten Reiche auch nicht das kleinste Zugeständnis gemacht werden, wenn nicht der ganze Unrechtsstaat gefährdet werden soll. Die deutsche Justiz ist zur Handlangerin von Verbrechern herabgesunken.

Friedliche Erziehung

Viele deutsche Zeitungen präsen in großer Aufmachung vier neue Jugendbücher des Franz-Schneider-Verlages, die Bücher: »Unsere deutsche Kriegsmarine« von Korvettenkapitän a. D. Fritz Otto Busch, — »Horst, der Panzerschütze« von Oberstleutnant a. D. Albert Bonary, — »Alarrrrm! Deutsche Kreuzer« von

Korvettenkapitän Fritz Otto Busch und »Im Flugboot nach Amerika« von Kriegsfliieger Wolfgang von Gronau. Wie die Blätter ausdrücklich hinzufügen, bilden Gronaus Erlebnisse im Kriege das Kernstück des letzten Buches.

Ein Korvettenkapitän, ein Oberstleutnant und ein Kriegsfliieger sind also die Autoren der neuesten deutschen Kinderbücher. Wenn die Soldaten für die Jugend dichten, wird es Zeit, daß die Dichter schließen lernen.

»Konjunkturritter«

»In den frühen Morgenstunden wurde ein Einbruch in einen Butterkeller in der Baderstraße verübt. Die Kellertür war mit Gewalt erbrochen und Butter und Eier gestohlen worden.« (Preußische Zeitung 7. 3. 36.)

Phrasen

statt Ausfuhr

Was die braunen Wirtschaftscharlatane anrichten.

Bernhard Köhler, Leiter der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP, ist nach der »Frankfurter Zeitung« einer der entschiedensten Vertreter nationalsozialistischer Wirtschaftstheorie, also einer von den ganz Scharfen. Eine auf einer Messekundgebung in Leipzig gehaltene Rede Köhlers ist in der Form einer entschiedenen Kampfansage gegen die ganze Welt außerhalb Deutschlands eine solche gegen Schacht. Er eifert gegen den Internationalismus, der auf die Zerstörung der Völker gerichtet war. Als Beispiel seiner verhängnisvollen Folgen führt er an, das deutsche Volk habe vor der nationalsozialistischen Machtergreifung seine stärkere Teilnahme am Welthandel aus seiner Substanz bezahlt und Raubbau an der Wirtschaftskraft des Volkes getrieben.

Es ist zwar richtig, daß schon vor Ausbruch des Dritten Reiches unter den Inlandspreisen ausgeführt wurde, aber ein dreister Schwindel, daß es nur vorher der Fall war. Im Gegenteil: der Zwang zur Dumpingausfuhr war niemals so unausweichlich wie im Dritten Reich, das sich in der peinlichen Lage eines Bankrotteurs befindet, der kein Bargeld hat und seine Waren verkaufen muß, um auch nur sein Leben zu fristen. Es muß also, eben weil es muß, teuer kaufen und billig verkaufen. Köhlers Schwindel wird vom Märzbericht der Deutschen Bank widerlegt, in dem es heißt, die Rohstoffzufuhr 1935 habe nicht ausgereicht, um den gesteigerten Bedarf zu decken, so daß Deutschland gezwungen war, seine Vorräte anzugreifen. Für Baumwolle müßte es Preise bezahlen, die 40 Prozent über dem Weltmarktpreis liegen. Der Verzicht Köhlers auf dem Weltmarkt ist also nicht ganz freiwillig, sondern die Folge davon, daß der Weltmarkt eher auf Deutschland verzichtet kann als dieses auf ihn, sonst brauchte es die Beanspruchung des Weltmarktes nicht so teuer zu erkaufen.

Deutschland sei, meint Herr Köhler, »nicht gesonnen, Monopole anzuerkennen, deren Anerkennung den Arbeitsertrag der deutschen Volksgenossen von den Beschlüssen vaterlandsloser Börsianer abhängig machen würde«. Dazu ist zu sagen, daß erst die vom Hitlerregime proklamierte deutsche »Nahrungsfreiheit« die Abhängigkeit Deutschlands vom Ausland bewirkt hat. Erst Hitler hat es zu Wege gebracht, daß das deutsche Volk das, was es vom Weltmarkt braucht, »nur unter Preisgabe seiner Gesundheit und seiner Würde« bekommen kann. Deshalb verschmäht Köhler alle Künste, die bezwecken, den verlorenen Anschluß an den Weltmarkt wiederzugewinnen. Das einzige Heil für das Dritte Reich ist der Befehl des Führers:

»Wenn der Führer verlangt, daß die Automobilindustrie 3 bis 4 Millionen Volkswagen schaffe, so ist dies eine wahrhafte Wirtschaftlenkung und eine Kaufkraftsteigerung, die alles im Schatten lassen wird, was jemals durch manipulierte Währungen oder durch Preis- und Lohnexperimente erreicht werden könnte.«

Allerdings hat der Leiter des Opelkonzerns, der fast die Hälfte aller deutschen Autos herstellt, seinen Führer verleugnend, vor kurzem erklärt, daß er eine Absatzsteigerung gegenüber 1935 nicht mehr für wahrscheinlich halte, und in Fachkreisen glaubt man sogar, daß 1936 der Absatz um mindestens ein Zehntel hinter 1935 zurückbleiben werde. Auf einem anderen Felde, dem der Führer gleichfalls befohlen hatte, beispiellos zu blühen, sind auch nicht alle Blühträume gereift. Aller Propaganda zum Trotz ist der Absatz von Radioapparaten, der in den letzten fünf Monaten 1934 1.225.000 betragen hatte, 1935 auf 810.000, also um ein Drittel zurückgegangen, und zwar entfällt der Hauptanteil des Rückganges auf den Volksempfänger. Ein böses Omen für das Volksauto!

G. A. Frey.

Hungernde werden

geplündert

Die ostpreussischen Zeitungen beschäftigen sich gegenwärtig mit dem Haushaltsplan des Kreises Labiau in Ostpreußen. In den Kommentaren heißt es:

»Die Aufstellung des Kreis Haushaltsplanes für 1936 gestaltete sich außerordentlich schwierig. Der Grund in den Schwierigkeiten ist vor allem darin zu suchen, daß der Kreis Labiau eine sehr

Die gewaltsame Aufblähung der deutschen Radioindustrie durch die Propaganda-bedarfnisse des Doktor Göbbels, die bereits soweit geführt hat, daß die deutschen Großbanken keine Wechsel der deutschen Radiofirmen mehr diskontieren, hat jetzt ernsthafte Widerstände gegen die Weiterführung des Hochstaplerkurses »Konjunktur um jeden Preis« geweckt. Wegen der olympischen Spiele, die im Sommer die Zeit und das Geld der Berliner und schaulustigen Besucher der Reichshauptstadt in Anspruch nehmen, sollte die Große Rundfunkausstellung um zehn Tage bis Anfang September verschoben werden. Namhafte Firmen der deutschen Radioindustrie, die noch heute auf ihren Lagern von unrentablen Volksempfängern festsetzen und die Pleite nur mühsam verschleiern können, haben die Gelegenheit der deswegen an amtlicher Stelle geführten Vorbesprechungen dazu benützt, um anzudeuten, daß sie in diesem Jahr an der Rundfunkausstellung desinteressiert seien und es vorziehen würden, nicht auszustellen. Das ist nicht nur geschehen, um die mit der Ausstellung direkt verbundenen Propagandakosten einzuschränken, sondern um zu vermeiden, daß man wie bisher üblich, Beklame, Konstrukteure, Produktion und Verkaufapparat auf die traditionellen »neuen Typen« wochen- und monatelang einstellen muß, um dann auf den Lagerbeständen der bereits »unmodern« gewordenen Typen vom Vorjahr sitzenzubleiben. Gerade das Problem der »moralischen Entwertung« der alten Ware ist bei dem Modernitätsfimmel, der in der Radioindustrie von den amtlichen Stellen noch besonders gefördert worden ist, besonders akut. Das Pro-

blem wird noch verschärft dadurch, daß bei der im Dritten Reich ständig sinkenden Konsumkraft der Massen die Aufnahmefähigkeit für diesen »Luxus des kleinen Mannes« mit rapider Geschwindigkeit immer geringer wird.

An den amtlichen Stellen der deutschen Propagandamaschine hat man vor diesen Absichten einen gehörigen Schreck bekommen. Mit handfesten Drohungen gegen die »Saboteure« wagt man nicht mehr wie früher vorzugehen, da man trotz der aufgebauchten Reklame mit den ständig noch steigenden Rundfunk-Hörerziffern die Größe der Pleite in der Rundfunkindustrie sehr wohl kennt und Schacht wohl keine weiteren Staatskredite zur Stützung der aufgeblähten Unternehmungen herauszücken wird.

Man versucht deswegen ein anderes Stützungsmanöver in Aussicht zu stellen. Man will vom Propagandaministerium aus die Masse der Konsumenten mehr unter Druck setzen, um das, was ihnen an Butter und Fleisch fehlt, durch Angebot von billigen Rundfunkapparaten der vorigen Saison zu ersetzen. Die Verschiebung der Rundfunkausstellung und die im Sommer stattfindende Olympiade sollen dazu dienen, die »Ausverkaufsware« der vorigen Saison mit verstärkter »Gemeinschaftswerbung« der Industrie an den Mann zu bringen. Es soll möglichst jedem Deutschen klar gemacht werden, daß er verpflichtet ist, sich den Olympiaderummel, falls er ihm nicht persönlich beiwohnen kann, am eigenen Lautsprecher anzuhören und »im Geiste« mitanzuhören, was Hitler und seine Paladine über die »völkerverbindende« Kraft des geschwellten Bizeps von sich geben.

Gegen die Konjunkturhochstapelei

Die deutsche Rundfunkausstellung in Frage gestellt

Auf dieses Angebot hat die deutsche Rundfunkindustrie ebenso sauer reagiert wie auf alle anderen mehr oder weniger freundlichen Ermahnungen, denn sie weiß aus Erfahrungen mit ihren eigenen Arbeitern und Angestellten genau genug, mit welcher Begeisterung diese die Erfüllung ihrer nationalen »Opferpflichten« in Form von »freiwilligen« Lohn- und Gehaltsabzügen betrachten. Und sie weiß ebenso, daß die Errichtung einer staatlichen Auf- und Stützungsstelle für bisher unverkäufliche Radioapparate aus Steuermitteln ihren Absatz seit dem Herbst 1935 auch nicht wesentlich gehoben hat.

Die gegenüber den Unterbilanzen und Produktionsbeschränkungen der Radioindustrie hilflose Naziherrschaft kann sich in diesem Falle kaum an die Gestapo wenden, wie sie es regelmäßig tut, wenn es sich nicht um »sabotierende« Unternehmer, sondern nur um Arbeiter handelt, sondern sie muß die Flucht an die Öffentlichkeit antreten. In einer Artikelserie des »Völkischen Beobachters« wird die Rundfunkindustrie im Wirtschaftsteil beschworen, sich nicht gegen das »nationale Interesse« zu vergehen. Daneben muß sie sich noch wegen des »Unfugs der Typenvielzahl« beschimpfen lassen, der gerade bei den teuren Typen vom Propagandaministerium bewußt gefördert worden ist, indem man die Fabriken dazu zwang, zu jeder neuen Rundfunkausstellung mit neuen »unerreichbaren« Typen herauszukommen.

Mit welchem Erfolg die Flucht an die Öffentlichkeit angetreten wird, bleibt abzuwarten.

Fr. Schlosser.

Die braunen Blutegel

Die Aussaugung der Krankenkassen

Wie haben die Nationalsozialisten vor ihrer Machtergreifung auf die angebliche sozialdemokratische Mißwirtschaft in den Krankenkassen geschimpft! Sie schufen den Typ des »festgewordenen Krankenkassenbonzen«, um ihre zügellose Demagogie erfolgreich an die Massen heranbringen zu können. Als sie dann im März 1933 am Ziele waren, war das erste was sie taten die Unterbringung von tausenden braunen Bonzenanwärtern in den Krankenkassen, auch wenn sie nicht die geringste Befähigung für die Arbeit mitbrachten.

Eine ungeheuerliche Mißwirtschaft, die es unter der von der Sozialdemokratie erickmpften Selbstverwaltung nie gegeben hätte, griff in den Krankenkassen um sich. Da unter dem braunen Terrorregime ihr Ende nicht abzusehen ist, droht sie den Bestand der schon hart mitgenommenen Krankenkassen zu erschüttern. Die Ausgaben übersteigen in den letzten Jahren regelmäßig die Einnahmen; nicht, weil die sozialen Leistungen an die Mitglieder gestiegen sind, sondern weil die Verwaltungskosten heute unter den Gesamtausgaben einen viel höheren Anteil haben als früher.

Im Jahre 1932, dem für Deutschland schlimmsten Krisenjahre, versuchten die Krankenkassen bei nicht geringeren Leistungen aber niedrigeren Beiträgen als 1935, die Einnahmen über die Ausgaben zu halten. 1935 dagegen sind die Ausgaben um 60 Millionen Reichsmark höher als die Einnahmen!

Diese Entwicklung, die das in Jahrzehnten sorgfältiger Wirtschaft aufgesparte Vermögen der Krankenkassen angreift, ist eine Folge des braunen Sumpfes, der sich heute in der Verwaltung breitmachen kann. Die Nazis

bauen die Leistungen für die Mitglieder weitgehend ab, während der mit ihren Kreaturen aufgeblähte Verwaltungsapparat die alten oder sogar höhere Verwaltungskosten verschlingt.

Nach dem Statistischen Jahrbuch fürs Deutsche Reich betragen bei den reichsgesetzlichen Krankenkassen je Mitglied im Jahre 1929 die

Leistungen 88,86 RM.

Verwaltungskosten 6,21 RM

Nach den Bericht über die reichsgesetzlichen Krankenkassen für das Jahr 1935 betragen die Leistungen in diesem Jahre je Mitglied nur noch 60,56 RM, während die Verwaltungskosten mit 6,20 RM ihre alte Höhe beibehalten haben. Die leichte Senkung der Verwaltungskosten, die nach 1929 zu verzeichnen war — 1933 betragen sie 6,11 RM je Mitglied — ist durch eine Erhöhung wieder ausgeglichen worden.

Während also die Leistungen 1935 im Vergleich zu 1929 je Mitglied um 32 Prozent gesenkt worden sind, wurden die Verwaltungskosten nicht verringert!

Der Leistungsabbau würde noch stärker in Erscheinung treten, wenn nicht 1935 infolge der erheblichen Sterblichkeitszunahme die Summe der ausgezahlten Sterbegelder von 1934 auf 1935 gestiegen wäre, wobei das im einzelnen Falle ausgezahlte Sterbegeld keine Erhöhung erfahren hat.

Obwohl die Leistungen so stark herabgesetzt worden sind, gehen die Krankenkassen doch schon wieder zu Beitragserhöhungen über. Infolge der Beseitigung der Selbstverwaltung sind die Mitglieder vorläufig daran gehindert, der braunen Korruptionswirtschaft ein Ende zu bereiten.

schwache Steuerbasis besitzt. Erfreulicherweise sind die Ausgaben für Wohlfahrtserwerblose weiter im Sinken begriffen. Der ordentliche Haushalt für 1936 schließt mit einem Fehlbetrag von rund 311.000 RM ab. Die Gründe hierfür liegen in den ungünstigen Bodenverhältnissen des Kreises mit dem Großen Moosbruch, die nur eine geringe Boden-ernte ermöglichen, an seiner tiefen Bodenlage, die häufig Ueberwehungen zur Folge hat und an der demzufolge schlechten Wirtschaftslage des im großen Umfang im Kreis vorhandenen landwirtschaftlichen Zwer- und Kleinbesitzes. Ebenso tragen die schlechten Wirtschaftsverhältnisse der Moosbruchbevölkerung der Fischer und früheren Holzfäller dazu bei, daß der Kreis Labiau wirtschaftlich nicht gesundet ist.

Nicht zu unterstützen ist auch die Tatsache, daß die großen Besitzungen des Staates (fast die Hälfte des Krei-

ses steht im Eigentum des Staates), hauptsächlich die großen Forsten auf Grund ihrer steuerlichen Einschätzung sehr wenig zu den Kreisabgaben herangezogen werden können.

Dieser Kreis Labiau ist also ein Elendgebiet, wie es schlimmer nicht gedacht werden kann, die Menschen im Moosbruch hungern. Und was ist's mit den Staatsbesitzungen? Warum werden sie nicht zur Linderung der Not herangezogen? Weil der Staat andere Sorgen hat. In eben jenem Elendgebiet Labiau wurden, wie wir bereits in der vorigen Nummer meldeten, mehrere Waldreviere zum Leibgehege des Reichsjägermeisters Göring bestimmt. Das Schmarotzertum der braunen Banditen macht selbst vor den Aermsten der Armen nicht halt. Hoffentlich stören den Herrn Reichsjägermeister nicht die hohlen

Wangen und die hungrigen Augen seiner Treiber, wenn er mit halbiertem zum fröhlichen Jagen reitet.

„Kultur“, in der Retorte hergestellt

Was aus dem Leben des deutschen Volkes an Kultur herausgewachsen ist, »wegen die Nazis als »undeutsche« zu bezeichnen. Der »Reichsverband deutscher Turn- und Sportlehrer« soll nun in deutschen Städten achtstündige Lehrgänge zur »Einführung in die praktische Volkstanzarbeit einrichten und so beitragen, »deutsche Kultur« zu erzeugen. »Der Lehrstoff wird — Pressemeldungen zufolge — die deutschen Bauern- und Handwerkerkürze umfassen.« Das wird als »echte deutsche Volkskultur« bezeichnet. Bauern- und Handwerkerkürze sind gewiß sehr schön, aber sie auf die ganz andersartigen Daseinsformen der Städte aufzuzwingen, um so »echte deutsche Volkskultur« zu produzieren, das kann nur kranken Romantikern ein Bedürfnis sein.

Auswanderung aus Leipzig

Die Besserung der Weltkonjunktur ist auch dem Pelzmarkt zugute gekommen. In den letzten 6 Monaten waren die Weltmarktpreise um 10–35 Prozent gestiegen. Aber am Aufschwung dieser Branche, die noch vor gar nicht langer Zeit der schwersten Krise ausgesetzt war, nimmt Deutschland keinen Anteil. Wie »Daily Telegraph« am 25. Februar auf Grund von Informationen eines Vorstandsmitgliedes des Verbandes Londoner Pelzwarenhändler mitteilt, haben 75 Prozent der Rauchwarenfirmer Leipzig, einst das Zentrum des Pelzhandels der Welt, verlassen und sind nach London übersiedelt. Das hat mit seiner Judenaustreibung Hitler getan! Fast alle Vertretungen englischer Firmen sind aus Leipzig verschwunden. Das Färben und Zurichten von Pelzen, bis dahin ein fast unerreichtes Monopol Leipzigs, geschieht jetzt zum größten Teil in England. Ein halbes Dutzend Färbe- und Zurichtefirmen mit 100 Personen haben Leipzig den Rücken gekehrt und sich in England niedergelassen. Wenn diese Firmen, meint »Daily Telegraph«, imstande wären, die gesamte Zurichte- und Färbearbeit für den englischen Markt auszuführen, würde England die bisher an das Ausland dafür geleisteten Zahlungen ersparen. Herr Schacht wird England um die auf Kosten Deutschlands ersparten Devisen beneiden, aber er wird sich wohl schon damit abgefunden haben, daß im Dritten Reich Gemeinnutz vor Eigennutz oder deutlicher ausgedrückt, Radau vor Realität geht.

Das Spiel mit dem Feuer

Hitlers jüngstes Pronunziamento

Von Karl Kautsky.

Das braune System hat am 27. Februar 1933 aus dem Reichstagsbrand die Kraft gezogen, das deutsche Volk zu verwirren und zu lähmen, um es widerstandslos zu unterjochen. Am 7. März 1936 hat es neuerdings den Versuch einer Brandstiftung gemacht, um seine schwindende Kraft zu beleben. Diesmal droht es die ganze Welt in Brand zu setzen. Doch kann schon jetzt, wo diese Zeilen geschrieben werden (9. März) gesagt werden, daß das kaum gelingen wird.

Vom Standpunkt rein innerpolitischer Demagogie gesehen, war Hitlers Vorgehen ganz geschickt eingerichtet. Er ging daran, die letzten Reste der Ausnahmezustellung zu beseitigen, in die der Versailler Friedensvertrag das deutsche Reich versetzt hatte. Er tat einen Schritt, der anscheinend kühn vollbrachte, wovon die demokratische deutsche Republik zurückgeschreckt war; er entriß den Gegnern des deutschen Volkes über Nacht die diesem von ihnen so lange vorenthaltene militärische Gleichberechtigung mit den übrigen Völkern der Erde.

Die Lehren von Versailles

Man kann nicht daran zweifeln, daß eine der größten Schwächen des Versailler Friedens sein Versuch war, die Weststaaten vor der Kriegsmacht Deutschlands dauernd dadurch zu schützen, daß man diese Macht aufs äußerste reduzierte. Schon am 9. September 1870 wies in der Zweiten Adresse des Generalrats der Internationale Karl Marx darauf hin, daß es unsinnig sei, eine Nation vor dem Angriff durch seinen Nachbarn dadurch

sichern zu wollen, daß man diesem »materielle Garantien« aufzwang. Napoleon I. habe das Preußen gegenüber im Frieden von Tilsit 1807 versucht und sei damit gescheitert. Marx wies darauf hin, weil im September 1870 schon die deutschen Militärs forderten, Elsaß-Lothringen sei an Deutschland abzutreten, nicht aus nationaldemokratischen Gründen, weil die Elsässer von Frankreich weg wollten, sondern aus militärischen, weil der Besitz des Elsaß und Lothringens den deutschen Herren die Möglichkeit gab, bei Ausbruch eines Krieges mit Frankreich sofort auf Paris loszumarschieren. Damit werde den Franzosen für immer jede Lust genommen, jemals wieder mit Deutschland anzubinden. Daß diese Erwartung ganz irrig sei, daß vielmehr die Annexion Elsaß-Lothringens einen neuen deutsch-französischen Krieg heraufbeschwören müsse, darauf wies Marx hin. Darum warnte er vor Annexionspolitik. Die Franzosen empfanden in der Tat seitdem stets die Anwesenheit deutscher Armeen im Elsaß und vor allem im halbfranzösischen Lothringen als eine Drohung, als einen quälenden Splitter im Fleisch.

Um sich gegen die Bedrohung zu wappnen, bauten sie längs der Grenze eine Reihe so wirksamer Sperrforts, daß jeder deutsche Angriff von Elsaß-Lothringen aus unmöglich wurde. Daher der Schlieffensche Plan, der nichts anders war als eine Bankrotterklärung der Politik, die zur Annexion Elsaß-Lothringens und damit zu steter Feindschaft zwischen Frankreich und Deutschland geführt hatte.

Als aber 1918 im neuen Kriege die

Franzosen siegten, beginnen sie den gleichen Fehler, den die deutschen Militaristen 1871 begangen hatten: sie wollten »materielle Garantien« gegen einen neuen Angriff des »Erbfeindes« schaffen, diesen unfähig machen, Frankreich mit Krieg zu überziehen. Ähnlich wie Napoleon I. 1807 verfügte auch 1919 die Sieger eine weitgehende Reduzierung der Armee des niedergeworfenen Gegners. Daneben allerdings nicht die Annexion einer widerstrebenden Bevölkerung, sondern nur die Besetzung des Rheinlandes und des Saargebiets für einige Jahre und die Entmilitarisierung der an Frankreich grenzenden deutschen Gebiete.

Diese Bestimmungen stellt die deutsche Nation gewissermaßen unter Vormundschaft. Auf die Dauer ließen sie sich nicht aufrechterhalten, teilweise waren sie von vornherein nur als vorübergehend gedacht. Es gab seit Friedensschluß keine deutsche Regierung, die nicht auf die Beseitigung der Ausnahmezustellung hinarbeitete, in die Deutschland gebracht war. Zum Teil sollte diese Stellung dadurch beseitigt werden, daß die Deutschland beengenden Bestimmungen aufgehoben wurden, zum Teil dadurch, daß diese Bestimmungen aus einseitig deutschen zu internationalen, alle Staaten bindenden Verpflichtungen (Abrüstung) gemacht wurden.

Daran dachte jedoch vor Hitler keine der Nachkriegsregierungen Deutschlands, dessen Gleichberechtigung auf dem Wege gewaltsamer Zerreißen der Friedensverträge erreichen zu wollen. Für den Schwächeren ist gewaltsame Auflehnung stets ein sinnloses Vorgehen, namentlich dann,

wenn andere Wege gangbar sind, die Beseitigung des drückenden Zustandes zu erreichen. Einen solchen Weg bildete die Überwindung der Anschauungen, die zu den einengenden Bestimmungen des Friedensvertrags geführt hatten.

Nicht um das deutsche Volk zu demütigen, waren sie von den Siegern geschaffen worden, sondern weil diese es fürchteten, ihm mißtrauten. Man fürchtete die ungeheure Kraft, die Deutschland in den vier Jahren zähen Ringens gegen eine Uebermacht an den Tag gelegt hatte: Man fürchtete diese Kraft deshalb, weil man annahm, der Deutsche sei von unersättlicher Gier nach Landbesitz und Macht besetzt, er sei treulos und keiner seiner Versprechungen sei zu trauen. Diese Auffassung fand ihre Spitze darin, daß Deutschland die Bevölkerung Elsaß-Lothringens im Friedensvertrag von 1871 brutal vergewaltigt, weiter darin, daß sich die deutschen Regierungen allen Versuchen widersetzen, eine internationale Schiedsgerichtsbarkeit einzuführen. Dazu gesellten sich die kriegerischen Hunnenreden des Kaisers Wilhelm II., sowie der Aufbau einer gewaltigen Flotte, die durch keinerlei Sicherheitsbedürfnis des deutschen Volkes gerechtfertigt war und in England allgemein als Angriffsdrohung aufgefaßt wurde. Diese Entwicklung fand im August 1914 ihren Gipfel in den Kriegserklärungen an Frankreich und Rußland, die mit lügenhaften Vorwänden begründet wurden und in der Zerreißen des von Deutschland unterzeichneten belgischen Neutralitätspaktes einzig um eines ephemeren strategischen Vorteils willen.

Auf dem Wege zur neuen Doldstoßlegende

Hitler in München: »Und Gottes Stimme ist in diesem Falle Volkes Stimme.«



Ludendorff: „D i e waren schuld!“

Hitler: „D i e werden schuld sein!“

Diese ganze Entwicklung seit 1871 hatte dann geführt, daß Deutschland, je mehr es technisch und militärisch erstarkte, um so mehr in aller Welt gefürchtet wurde, daß es sich immer mehr isoliert — die sogenannte »Einkreisung«, die einfach darauf zurückzuführen war, daß niemand ihm traute, alle Nationen sich von ihm bedroht fühlen, es für notwendig hielten, sich gegen die deutsche Uebermacht zusammenzuscharen.

Diese Auffassung war es, die bewirkte, daß im Weltkrieg das deutsche Reich es mit einer furchtbaren Uebermacht zu tun bekam, die seinen militärischen Zusammenbruch herbeiführte, und die es für notwendig fand, den Friedensvertrag so zu gestalten, daß er Deutschlands militärische Ohnmacht begründete.

Die Aufgabe nach 1918

Nach 1918 ging die Aufgabe jeder deutschen Regierung dahin, die Faktoren zu überwinden, die Deutschlands Isolierung und Niederlage herbeigeführt hatten. Es galt der Welt zu zeigen, daß im deutschen Volke der Geist des Militarismus der Hohenzollernmonarchie aufgehört habe zu herrschen, daß in der deutschen Republik die arbeitenden Massen nicht nur die Proletarier, sondern auch die Bauern, Kleinbürger, Intellektuellen jede Gewalttätigkeit und Treulosigkeit verurteilten, daß also das erneute Erstarken des deutschen Volkes keine Gefahr für die anderen Völker bedeute, daß diese alle ruhig arbeiten könnten, ohne sich zu gefährden.

In diesem Sinne haben die deutschen Regierungen der Nachkriegszeit zumeist auch gehandelt. Nicht immer so entschieden, wie wünschenswert gewesen wäre. Statt aus der Not eine Tugend und aus der deutschen Abrüstung ein Vorbild für die anderen Völker zu machen, wurde diese vielfach in Deutschland nur als ein aufgezwungenes widerwillig ertragenes Unrecht hingestellt, das möglichst bald abzuschütteln sei. Das war nicht der Weg, die deutsche Abrüstung zum Ausgangspunkt für eine internationale Abrüstung zu gestalten.

Auf der anderen Seite haben auch manche der Siegerstaaten der deutschen Demokratie ihre Aufgabe nach dem Krieg ungemein erschwert, indem sie keinen Unterschied zwischen der alten Monarchie und der neuen Republik machten und dieser die schwersten Lasten aufbürdeten — siehe die Reparationen. In jeder Nation ist die Zahl der kurzsichtigen politischen Analphabeten groß, die für einen politischen oder ökonomischen Mißstand nicht jene Partei oder Regierung verantwortlich machen, die ihn verschuldet hat, sondern jene, unter deren Wirksamkeit er auftritt, auch wenn das eine neue Partei oder Regierung ist, von der die frühere entschieden bekämpft wurde.

Diese Analphabeten machten in Deutschland für die Folgen des Weltkriegs nicht die kaiserliche Regierung verantwortlich, die ihn entfesselt hatte, sondern die Repu-

blik, die der Verjagung des Kaisers folgte. Die drakonischen Bestimmungen des Versailler Vertrags machten in den Augen jener Elemente des deutschen Volkes die Republik unpopulär, nicht den kaiserlichen Militarismus, den man mit dem Wohlstand der fünfzig Friedensjahre identifizierte, die Europa — vom Balkan abgesehen — von 1871 bis 1914 genoß.

Trotz dieser Hemmungen von hüben und drüben macht die »Erfüllungspolitik« sichtliche Fortschritte, wenn auch langsam und mit Unterbrechungen. Sie brachte Deutschland seinen früheren Feinden näher und befreite es aus der Isolierung, in der es durch das militaristische Gehabe des Kaiserreiches geraten war. Das erste große Ergebnis dieser Politik war 1925 der Locarnovertrag, kein Deutschland aufgezwungen, sondern ein von Deutschland angeregter, für das deutsche Reich günstiger Vertrag, der ihm unter anderem das Aufhören der Besetzung deutschen Gebietes durch Truppen der Siegerstaaten brachte. Die Folge des Vertrags waren der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund 1926 und die Vorbereitungen für eine Abrüstungskonferenz. Trotz aller Schwierigkeiten kam diese Konferenz zustande (Februar 1926). Ungeheuer groß und wichtig war die Aufgabe, die ihr gestellt war, nur bei gutem Willen und vollständigem gegenseitigem Vertrauen aller Beteiligten konnte sie gelöst werden. Vor allem nötig war das Vertrauen zur Friedfertigkeit Deutschlands.

Der Umschwung der deutschen Außenpolitik

Aber nur wenige Jahre nach dem Zusammentreten der Abrüstungskonferenz in Genf, da hatte sich Hitler der Macht im Reiche bemächtigt, das bedeutete einen völligen Umschwung in der deutschen Außenpolitik. Nicht lange, und das Reich trat nicht bloß aus der Abrüstungskonferenz, sondern aus dem Völkerbund aus (Oktober 1933). Es zerriß den Versailler Vertrag und begann mit Macht aufzurüsten.

Das wurde durch kein Lebensinteresse des deutschen Volkes geboten. So Schweres ihm der Versailler Vertrag aufgebürdet hatte, namentlich durch die Bestimmungen wegen der Reparationen, so wurde es doch durch die Beschränkung seiner militärischen Rüstungen (und ebenso durch die Wegnahme seiner Kolonien) in keiner Weise geschädigt, vielmehr ökonomisch entlastet. Wie heute noch für manchen anderen Staat, so auch für Frankreich oder Italien, bedeuteten auch für das deutsche Reich seine Kolonien eine schwere finanzielle Last.

Die Beschränkung der Rüstungen wurden aber für das deutsche Volk nach den Verheerungen des Krieges geradezu eine Rettung. Ohne diese Beschränkung wäre Deutschland nicht imstande gewesen, sich aus dem Ruin durch den Krieg und seinen Nachwirkungen erfolgreich emporzuarbei-

ten und auch in der internationalen Politik hatte das deutsche Reich unter seiner Wehrlosigkeit nicht zu leiden. Im Gegenteil, sie machte der allgemeinen Abneigung ein Ende, unter der Deutschland seit Beginn des 20. Jahrhunderts und dem Weltkrieg so sehr gelitten hatte.

Das alles wurde durch den Nationalsozialismus jäh durchbrochen, der unter dem Einfluß der Krise nach 1929 emporkam. Wohl hat diese Krise mit den militärischen Beschränkungen durch den Versailler Vertrag nicht das mindeste zu tun, sie erstreckt sich über alle kapitalistischen Länder, und im Versailler Vertrag selbst waren es nicht die Rüstungsbeschränkungen und der Verlust der Kolonien, die Deutschland ökonomisch schädigten, sondern die Reparationen. Daß diese für die deutsche Wirtschaft mörderisch seien, war jedoch schon lange vor Hitlers Aufkommen von allen Seiten erkannt worden. Die Gläubiger Deutschlands haben von Jahr zu Jahr ihre Forderungen immer mehr gemäßigt, bis sie sich schließlich dazu verstanden, auf weitere Reparationszahlungen völlig zu verzichten (1931).

Diese bestanden nicht mehr, als Hitler zur Macht kam. Die noch weiter geltenden Versailler Bestimmungen über Rüstungsbeschränkungen und Kolonien aber belasteten nicht das deutsche Volk, milderten sogar, wie gesagt, seine Notlage. Trotzdem wurde ihnen von politischen Analphabeten die Schuld am deutschen Elend beigemessen, und unter dem Druck der Krise stieg deren Zahl rasch an.

In manchem Lande haben schon öfter bei einem gewissen Gleichgewicht der Parteien die politischen Analphabeten das Zünglein an der Waage gebildet. Sie können politisch entscheiden, ja übermächtig werden, wenn große Erfolge der Staatspolitik die Massen berauschen oder ein furchtbarer Notstand sie vor Verzweiflung sinnlos macht.

Diese Analphabeten waren es, die 1933 Hitler zur Macht trugen, nicht zum wenigsten wegen seines Tobens gegen die Beschränkung der Aufrüstung Deutschlands. Dieses Toben wird wohl ehrlich gemeint gewesen sein. Hitler wird selbst geglaubt haben, was er sagte. Auf jeden Fall fühlte er sich verpflichtet, sobald er zur Macht gelangt war, Deutschland von diesen Beschränkungen zu befreien und fieberhaft aufzurüsten. Auf diesem Wege ist er denn auch unbeirrt immer weiter gegangen. Der Einmarsch deutscher Truppen in der entmilitarisierten Zone am 7. März bildet nur einen neuen Schritt auf diesem Wege.

Ebenso wenig neu wie die Tendenz, die ihn bei seinem jetzigen Schritt leitete, ist die Politik, die er dabei verfolgt: jene Faktoren, gegen die er sich durchsetzen will, durch friedliche Beteuerungen einzuschläfern, um sie durch einen Gewaltstreik über Nacht vor eine vollendete Tatsache zu setzen, die nur durch rücksichtsloses Blutvergießen zu beseitigen wäre. Sowohl in seiner inneren Politik wie in der

äußeren hat Hitler diese Taktik seit langem verfolgt. Er rechnet dabei mit dem Zögern seiner Gegner, ein neues Blutbad herbeizuführen, und der Erfolg gab ihm bisher Recht.

Man hat die deutsche Sozialdemokratie der Feigheit beschuldigt, weil sie den Staatsstreich Hitlers Anfang 1933 nicht mit bewaffnetem Aufstand erwiderte. Aber man kann wohl bereit sein, das eigene Leben für ein Ideal in die Schanze zu schlagen und doch davor zurückschrecken, Hunderte und Tausende von Menschen auf die Schlachtbank zu treiben. Es gibt in der modernen Gesellschaft überall zwei Sorten von Menschen: Blutgierige Halunken, die kein Menschenopfer scheuen, wenn sie dadurch ihr Ziel erreichen, und gewissenhafte Menschenfreunde, denen das menschliche Leben heilig ist, die davor zurückschrecken, es anzutasten und zu gefährden. Der Weltkrieg hat sowohl die eine wie die andere dieser Menschengattungen ungemein vermehrt. Dabei stieg die Macht der brutalen Halunken nicht bloß durch das Anwachsen ihrer eigenen Zahl, sondern auch durch das Anwachsen der Zahl ihrer Antipoden, die unter allen Umständen jegliches Blutvergießen vermeiden wollten. Die Parole: Nie wieder Krieg, kann in einer Weise aufgefaßt werden, die jeden frechen Angreifer freie Bahn gibt.

Dem verdankt Hitler nicht zum wenigsten seine Erfolge, er riskiert bei jedem seiner Staatsstrieche den Krieg — inneren oder äußeren Krieg — denn er rechnet damit, daß die durch sein Vorgehen getroffenen Elemente nicht das robuste Gewissen haben, seiner Gewalttat Gewalt entgegenzusetzen, weil sie fürchten, damit ein furchtbares Blutvergießen zu entfesseln. Das dürfte auch jetzt wieder zutreffen, der Friede wird erhalten bleiben. Aber für wie lange?

Kriegsgefahr durch Hitler

Nichts irriger, das zu glauben, jetzt sei das Hitlersche Regime befriedigt, kein weiterer Staatsstreich sei mehr von ihm zu erwarten. Ein Regime wird stets mit den Mitteln aufrechterhalten, mit denen es begründet wurde. Um der wachsenden Enttäuschung der deutschen Massen entgegenzuwirken, muß der Nationalsozialismus sie immer wieder mit neuen Erfolgen zu berauschen suchen, und er kann solche nur immer wieder in gleicher Weise erringen, wie er es bisher getan. Sein Wesen gestattet ihm nicht, zu anderen zivilisierteren Methoden zu greifen. Er wird immer wieder neue Einbrüche in die bestehende Ordnung heimtückisch vorbereiten und vollziehen müssen. An Veranlassungen wird es ihm nicht fehlen; ist er im Westen befriedigt, dann geht es nach Osten, trotz der polnischen Freundschaft gibt es eine Frage Danzigs und des polnischen Korridors. Eine Vergewaltigung Rußlands wird jetzt schon gepredigt. In der Tschechoslowakei krähen unterdrückte Henlein, und gibt es nicht noch eine österreichische Frage und nach dieser noch eine des deutschen Teiles

Kurt Doberer:

Frontsoldaten

Wir lagen vier Jahre in Gräben und Schlamm, die Beine erfroren, die Hände klanm, um dich, du Heimat Deutschland.

Wir gingen durch Nacht und Hungersnot, durch höllische Feuer und eisernen Tod und liebten dich, Heimat Deutschland.

Und als wir zerbrachen vor größerer Macht, da fiest du nicht in Gramen und Nacht, wir hielten dich, Heimat Deutschland.

Wir hoben dich wieder zu lebendem Land, wir webten dich wieder ins Völkerband, mit unseren Händen, Deutschland.

Und als du nun standest, durch unseren Schweiß, da kroch es hervor, das bunte Geschmeiß aus allen Etappen Deutschland.

Und siehe, das kreischende Grammophon, es sammelt den Abwasch der Nation und nennt ihn: Das neue Deutschland.

Sie tilgen die ganzen neunzehn Jahr und führen uns prahlend, wie es schon war, zum Weltkriege gegen Deutschland.

Konjunktur 1935

I

Als der Versailler Vertrag unterzeichnet wurde, spielten Freikorps der deutschen Grenztruppen im Osten noch immer Krieg. Von Letten und baltischen Baronen gegen die bolschewistischen Truppen zu Hilfe gerufen, setzten sie sich gegen Oste in Marsch, drän-

gen in Kurland ein, drängten die ersten Anfänge der Roten Armee zurück, träumten mit den baltischen Baronen vom selbständigen deutschen Herzogtum Kurland und verbrüderten sich mit der weißgardistischen Reaktion. Als sie schließlich auf Verlangen der Entente von der deutschen Regierung zurückgepfiffen wurden, versuchten diese wildgewordenen nationalsozialistischen Freikorpsführer auf eigene Faust weiter mit den Waffen zu politisieren, verbanden sich mit dem berüchtigsten weißgardistischen Fürsten Awaloff, plantem den Zug gen Petersburg — bis auch den Letten und Litauern der Rummel verächtlich wurde, die Abenteuerer militärisch zusammenbrach und die Baltikum zurück mußten. Es ist bekannt, daß sie, von der deutschen Reaktion glorifiziert und von den preußischen Junkern mit offenen Armen aufgenommen, die Stoßtruppe des antidemokratischen Putschismus stellten.

Diesen Freikorpskrieg hat der völkische Schriftsteller Edwin Dwingier in einem ungeheuerlichen Wälzer eingefangen, der hier beleuchtet werden soll, weil er trotz seiner langatmigen Breite im Dritten Reich so ziemlich die höchste Massenaufgabe erlangte und darum bezeichnend ist für neudeutsche Geisteshaltung. Der Autor, eine Rassenkreuzung von norddeutschem Vater und russischer Mutter, tritt hier, wie der Halbrusse Rosenberg im »Völkischen Beobachter«, als der große deutschvölkische Mahner und Dränger auf, die halbrussische Seele mit germanischem Heroismus gepanzert. Es gab eine Zeit, da er noch ein bißchen anders konnte, damals nämlich, als er, der junge deutsche Kriegs-

freiwillige, aus sibirischer Gefangenschaft heimkehrte und Bücher über seine Erlebnisse in der Kriegsgefangenschaft schrieb. Darin ist ein Wühlen in Wunden und Eiter, das den Leser defätistisch und pazifistisch stimmen muß; breite naturalistische Darstellungen von Sexualnot und Perversität treten besonders kraß und überflüssig hervor. Nein, aufbauend im Sinne des Dritten Reiches sind diese Bücher des damaligen Dwingier keineswegs; sie reden noch auch zuviel von Menschlichkeit, berichten wohlwollend von jüdischen Menschen. Das eine gar ist Else Brandström gewidmet, der Samariterin und Pazifistin, die später, ohne auf Dwingier die geringste Rücksicht zu nehmen, einen marxistischen Schriftsteller heiratete, den das Dritte Reich um Amt und Existenz brachte und mit KZ bedrohte, so daß er mit dem »blonden Engel der kriegsgefallenen Deutschen« heute außer Landes leben muß. Dafür widmet Dwingier sein neuestes Buch dem General Mackensen, von dem alte Stahlhelmer nicht mehr viel hören mögen.

II

Ueber die Charakterfestigkeit dieses braunen Rekord-Autors wäre also nicht mehr viel zu sagen. Seine Iliade von den weißgardistischen Baltikumern entspricht in allen Punkten der braunen Konjunktur 1935. Alles ist drin, was von oben gefordert wird: der Schützengrabengeist, Blut und Boden, Männerstolz vor Standesdünkel — ha, seht ihr, wie damit die Klassenunterschiede verschwinden! — ewige Uniformbegeisterung, die Dolchstoßlegende, die ersten Regungen des Hakenkreuzes, ja sogar der ehemals verführte, nun aber bekehrte Sozialdemokrat, der seine rote Vergangenheit im herrlichen

Kampfe für die Privilegien der stockreaktionären Baltenbarone mit seinem Blute sühnt. Wenn es sich um die Rettung der baltischen Barone, dieser ehemals treuesten Stützen des Zarismus handelt, wird zwischen durch auch mal an die verpönte Menschlichkeit appelliert. Sonst aber gehts mörderisch heroisch zu, Wein, Wein, Gesang und Sexualnot haben 450 Seiten lang aufgehört zu existieren, dafür wird der Haß gegen die November-Republik auf jeder Seite gesät. Wobei dieser braune Deutschrusse die Seele seiner Offiziere in ebenso unfreiwilliger wie blamabler Weise entblößt.

Da werden von diesen Freikorpsführern an die lettische Regierung Ehrenwörter gegeben mit der Absicht, sie zu brechen, wenn nicht anders geht. Da wird bald auf England geschimpft, bald die germanische Verbundenheit betont, bald — die allermodernste Platte! — die innere Gemeinschaft der deutschen und englischen Frontsoldaten in kitschigen Episoden »bewiesen«. Ja, wenn die schwatzenden Parlamentarier der Demokratien nicht wären! Der »soldatische Mensch« muß künftig die Politik bestimmen. Womit Ludendorff das deutsche Volk bekanntlich herrlichen Zeiten entgegengeführt hat... Da wird im gleichen Atemzug die Schönheit eines Bündnisses zwischen einem soldatischen Deutschland und einem reaktionären Rußland gepriesen. (Gegen England?) Da wird die Konspiration der Freikorpsführer mit Awaloff für den Zarismus und gegen das deutsche Volk besungen, ein Landesverrat, den diese Herren, die wie Modem heute drüben mit an der Krippe sitzen, immer bestritten.

Zum Schluß geht die Abenteuerer-Chronik

Südtirols, so wie eine nationalsozialistische Bewegung in der Schweiz, die mit allen Mitteln zu unterstützen ist?

Diejenigen irren, die meinen, das braune Regime sei jetzt gesättigt und verlange nach der Ruhe, die das vollgefressene Raubtier braucht. Das deutsche Volk hungert, und kann ihm Hitler nicht Butter und Eier bringen, dann muß er wenigstens mit kriegerischen Ehrungen die Forderungen des knurrenden Magens übertönen. Jeder neue »Erfolg« Hitlers, errungen durch Treulosigkeit und gewalttätige Zerreißung anerkannter Verträge, zieht jedoch mit Notwendigkeit ein Wachstum der Abneigung nach sich, mit einer derartig vorgehenden Macht zu verhandeln und sich friedlich zu verständigen. Jede überraschende Herbeiführung vollzogener Ursachen bedeutet eine neue, verstärkte Kriegsgefahr. Sie mag diesmal noch vorübergehen. Angesichts der tiefgehenden Bedenken jeder gewissenhaften demokratischen Regierung gegen die Entfesselung einer Menschenschlächterei. Allzu stark angespannt, wird der Bogen doch reißen. Und der Krieg rückt um so näher, je öfter die nazistische Regierung ihr Spiel mit dem Feuer wiederholt, je mehr sie dadurch den Langmut der anderen Mächte erschöpft.

Kommt es aber unter solchen Umständen schließlich zum Krieg, dann findet er Deutschland unter den für es ungünstigsten Bedingungen — in völliger Isolierung. Es sucht sie durch mächtiges Aufrüsten wettzumachen. Aber je mehr dies vor sich geht, desto mehr erfüllt es alle Völker mit Furcht und Abscheu und desto mehr macht es selbst die am meisten friedliebenden unter den Staaten der Welt geneigt, zu den schärfsten Mitteln zu greifen, um sich seiner zu erwehren.

Gleichzeitig aber steigt mit dem Wachsen der Rüstungskosten auch das deutsche Elend. Nichts irriger, als in der Verschwendung der vorhandenen Mittel einen Weg zur Prosperität zu sehen. Ebenso wie die Geldinflation vermag die Verschwendung nur den Anschein vorübergehender Aufschwüngen zu erwecken, um den schließlich unvermeidlichen Zusammenbruch um so grauenhafter zu gestalten. Der ökonomische Niedergang Nazideutschlands wird um so unvermeidlicher, als die wachsenden Rüstungskosten einhergehen müssen mit zunehmender Boykottierung Deutschlands auf dem Weltmarkt.

Auch wenn es diesmal nicht zum Krieg kommt, auch nicht zur Verhängung von Sanktionen, so wird doch die Abneigung der anderen Völker, mit Deutschland Geschäfte zu machen, mit jedem Staatsstreich Hitlers zunehmen. Die Nazis wollen dem durch die Gewinnung von Kolonien begegnen, die als Lieferanten von Rohstoffen und als Absatzmärkte Deutschlands Wirtschaft heben sollen. Aber einen Industriestaat, wie Deutschland, könnten dabei ein paar Kolonien sehr wenig helfen, es bedarf des freien Zugangs zu allen

Zeitgemäße Erinnerung . . .

Wenn der deutsche Militarismus mit der Kultur kommt

In der gleichgeschalteten deutschen ärztlichen Fachpresse toben sich seit geraumer Zeit ehemalige Stabsärzte, Oberstabsärzte, Generaloberärzte und was es da an feinen Titulaturen noch mehr gibt, in Erinnerungen an die glorreiche Zeit des Weltkrieges aus. Seit Jahr und Tag vernimmt man — Woche um Woche fast — in der »Deutschen Medizinischen Wochenschrift« zum Beispiel, wie es damals mit der Sanität an den Dardanellen beschaffen war, welche Schwierigkeiten für die Feldlazarette in den Roldino-Sümpfen zu bewältigen waren, wie die Kriegschirurgie am Skagerak geklappt hat. In der letzten Nummer dieser einmal angesehenen deutschen Fachzeitschrift kramt nun der frühere Korpsarzt bei der Kluck'schen Armee, welche die Invasion in Belgien anno dunnemals zur Hauptsache gemäß dem Schlieffen-Plan zu exekutieren hatte, ein Herr Obergeneralarzt a. D. Steuber auch in seinem Erinnerungskasten herum. Und da erfährt der staunende Mitteleuropäer — so ganz beiläufig — folgendes, was eine ganze zur Zeit wieder höchst aktuelle Geisteshaltung trefflich illustriert:

»Manche im Frieden als durchaus richtig erkannten Grundsätze erwiesen sich bereits in den ersten Wochen des Krieges als undurchführbar. Hierhin gehört u. a. eine Verfügung des Kriegsministeriums (Medizinabteilung), auf dem Durchmarsch durch Belgien an der eingeborenen Bevölkerung zum Schutze der Truppen eine Pockenimpfung vorzunehmen. Dies bedeutete aber eine vollständig irrtümliche Einschätzung der durchaus feindlich gesinnten und mit allen, selbst völkerrechtlich verbotenen Mitteln gegen uns sich auflehenden Belgier und war von vorneherein undurchführbar.«

Wie war es also schon? Der Herr Obergeneralarzt a. D. belehrt uns da mit dankenswerter Offenheit oder auch Naivität . . . Selbstverständlich kamen die Deutschen nach Belgien ausgerüstet mit allen Feinheiten und Akkuratessen ihrer »höheren Kultur«, wenn schon Kultur etwa Seifenverbrauch oder — in diesem Falle — der eiserne Gebrauch der Injektionsnadel ist. Wären die Belgier nicht ein so degeneriertes und dazu auch noch höchst undankbares Völkchen, hätten sie dem Obergeneralarzt Steuber, statt auf ihn mör-

derisch zu schießen, eigentlich Ehrenbögen bauen und Ehrenjungfrauen anbieten müssen! Nichts ist davon leider geschehen; die undankbaren Belgier lehnten sich, sogar »völkerrechtswidrig«, gegen die Deutschen überhaupt wie insbesondere auch gegen ihre beglückenden antiseptischen Instrumentarien auf. . . Da verstehe noch einer diese schöne Welt!

Die Erinnerung des Herrn Obergeneralarztes klingt wie ein dummer Witz. Aber ist es das allein? Die zynische Naivität, mit der Hitlerdeutschland zur Zeit wieder die Welt in die Schranken fordert, entstammt aus genau derselben Geisteshaltung, die als »die preußische« in die Kultur- und Moralkritik der Welt längst eingegangen ist. Und außerdem: Wer würde nächst Litauen wieder ihr erstes Opfer werden müssen? Belgien, das einmal so kulturreich war, die Gratis-Schutzpockenimpfung durch den alldeutschen Feldweibel-Befreier abzulehnen. H. E.

Märkten, des freundschaftlichen Verkehrs mit allen Völkern der Welt. Das Streben nach der Gewinnung von Kolonien kann Deutschlands Wirtschaft nicht retten, es kann nur ein weiteres Mittel werden, Deutschland als Unruhestifter auf dem ganzen Erdenrund erscheinen zu lassen, Deutschland neue Rüstungskosten aufzuerlegen, ihm neue Feinde zu erwecken, es vom Wirtschaftsleben der Welt abzuschneiden, seine Wirtschaft aufs schwerste zu lähmen.

Der Weg ins Verderben

Nazideutschland geht ähnliche Wege, wie sie das kaiserliche Deutschland gegangen war, zum Verderben des deutschen Volkes. Aber das Naziregime geht sie unter viel bedenklicheren Verhältnissen. Als das kaiserliche Deutschland in den Krieg hineinschlitterte, hatte es den ganzen Reichtum einer Friedensperiode von hundert Jahren aufgespeichert — von 1815 bis 1914. Die zwei Kriege von 1866 und 1870/71 hatten nicht für einen Moment seinen wirtschaftlichen Aufstieg gehemmt. Heute fände ein neuer Krieg ein aufs tiefste erschöpftes deutsches Volk vor, das die verheerenden Wirkungen des Weltkrieges und der Niederlage noch nicht überwunden hat. Und das kaiserliche Deutschland hatte doch noch Freunde in der Welt, trotz seiner verrückten Politik, die ihm einen nach dem anderen etnfremdete. Schließlich blieb ihm wenigstens Oesterreich als Bundesgenosse. Den hat das Weltgewitter von 1918 weggeschwemmt.

Endlich war trotz alles Militarismus und »Kaiserismus« Deutschland vor dem Weltkrieg doch ein Kulturstaat mit erheblicher Bewegungsfreiheit im Staate, mit einem regen geistigen Leben, mit einer stark aufstrebenden sozialdemokratischen Opposition. Das brachte Deutschland viel Freunde in den anderen Nationen, mehrte sein Ansehen in der Welt. Alles das fehlt dem heutigen Deutschland, dessen geistiges Leben völlig »gleichgeschaltet« ist, der absoluten Kommandogewalt nicht etwa einer geistigen Elite, sondern bössartiger Ignoranten unterworfen, die in der Brutalität den Gipfel der Staatskunst sehen und den Judenpogrom zu einer dauernden Staatseinrichtung, ja zu einer der wichtigsten Grundlagen des Staates erhoben haben.

Dieses Regime steht tief unter dem kaiserlichen, es schwächt Deutschlands Kraft, sowie seine Stellung in der Welt weit mehr, als es die Regierungen des Kaiserreiches getan. Wenn es jetzt die gleichen Wege einschlägt, die von diesen gegangen wurden, muß das Endergebnis ein noch fürchterlicherer Zusammenbruch werden, als der von 1918 gewesen.

Nicht mit lachendem Auge kommen wir zu dieser Erkenntnis; denn wie der Sturz des Kaiserreiches 1918 droht auch der der Nazidiktatur eine grauenhafte Katastrophe für das ganze deutsche Volk zu werden. Dieser Gefahr wird es nur dann entgehen, wenn es sie rechtzeitig erkennt, und wenn es versteht, sich baldigst der Machthaber zu entledigen, die es heute nicht nur knech-

ten, ausbeuten, verelenden, sondern auch dem völligen Untergang entgegenreiben.

Der Hitlerrei baldigst ein Ende zu bereiten, ist keineswegs aussichtslos. Ein Regime, das auf bloßem Zwang beruht, ist ein Koloß auf tönernen Füßen. Es besitzt keine Widerstandskraft, bricht bei der ersten großen Niederlage zusammen, auch wenn sie keine militärische, sondern bloß eine politische ist. Je eher es den Regierungen des Völkerbundes gelingt, Hitler eine entscheidende Niederlage zu bereiten, um so früher schlägt die Stunde der Freiheit für das deutsche Volk. Allerdings nur dann, wenn die deutschen Arbeiter die Gelegenheit zu erkennen und zweckmäßig zu benutzen wissen.

Aber daran zweifeln wir nicht, darauf beruht die Zuversicht!

Trostspender Klagges

»Der braunschweigische Ministerpräsident Klagges erklärte in einer Kundgebung, viele könnten nicht begreifen, daß der Kampf auf allen Gebieten des Lebens eine Dauererscheinung sei. Der Kampf könne aber niemals zu Ende gehen, denn er gehöre zu einem gesunden völkischen Leben. Diese Auffassung müsse denen entgegengehalten werden, die immer wieder fragten, warum man sie nicht in Ruhe und Frieden lasse und warum man immer wieder verlange, daß sie sich politisch betätigen sollten.«

Phrasen machen nämlich müde — aber nicht satt!

in sinnlosem Gewürge aus: Balten gegen Rote, Letten gegen Balten und deutsche Korps, Esten gegen Balten, Litauer gegen Alle. Mitten in diesem Strudel die deutschen Baltikamer, die nicht nach Hause wollen, weil sie nicht wissen, was sie dort mit sich anfangen sollen. Welche Konfusion, welcher politische Dilettantismus des gerühmten »soldatischen Menschen«, dieser reaktionären Freikorpsführer, die ein Jahr nach Friedensschluß noch nicht kapieren wollten, daß der Krieg verloren war. In diesem Buche bringt selten ein Mensch seinen Satz zu Ende, weil der Autor samt seinen Helden keinen Satz zu Ende denkt. Der Stil ist der Mensch.

III

Trotz all dieser Konfusion erregt es Staunen, mit welcher Unbefangenheit die Greuelthaten der Gegner, der Letten und der Roten, berichtet werden. Bolschewistische Rotgardisten schleppen Geiseln unter Mißhandlungen davon, schlagen sie mit Peitsche. »Und kein Gott, der herabgreift!« So denken Freikorpsführer klagend. Sie konnten damals noch nicht ahnen, daß ein reichliches Dutzend Jahre später eine Zeit kommen sollte, da ergraute deutsche Männer und Kriegsteilnehmer von Hitlerjungen mit Gummiknüppeln auf den Trab ins Konzentrationslager gebracht wurden. Dem Maroden donnerten Karabiner ins Kreuz. Daß sich diesen Dwingers und Konsorten solche Parallelen nicht quer vor die Feder legen! Eine Baltengriffin klagt:

»Vergessen Sie dabei vor allem die Dämonik nicht, mit der sie (die Roten!) alles Märtyrerhafte vermeiden! Kein einziger Tod, und sei er noch so heldenhaft, kann bei ihnen eine Nachwirkung erreichen! Wenn heute ein Pfarrer für die Neuverdingung seines Glaubens wie Christus

stirbt, endet er im dunklen Walde unter Hohngeflücht, stirbt heute ein Adliger zur Rettung des Begriffes »Adele« wie Konradin, sehen es nur die Wände eines düsteren Schlachtkellers. . .«

Wie im Land der Follerkeller! Nur daß der Geschundene im Reich des Filatens vorn Märtyrertode noch heitere Lieder singen muß.

»Im Moos lagen die Reste zweier Menschen, an deren schwarzen Kleidern man unschwer erkannte, daß es zwei deutsche Pastoren waren. . . In ihren Hinterköpfen bleckten faustgroße Löcher. . .« Wir wollen es melden, daß man sie wenigstens begräbt!« sagte Reimers leise. In seinem Gehirn hämmerte es, ist das der Glanz des Zwanzigsten Jahrhunderts, dachte er unwillkürlich, ist das der Stolz unserer Zeit? Er mußte an die Worte der Gräfin denken, die sie einst über das Märtyrertum gesagt hatte.

Und Dwingers Baltikamer badern mit dem Himmel: Warum ist das möglich, warum ist Gott so schwach geworden?

»Man konnte in ihm wirklich keinen Pater erkennen. Er hatte Unmenschliches erleben müssen. Das Gesicht war rot und blau geschlagen und beide Hände hal er verbunden. . . Man wollte ihn zwingen, einen erschossenen Juden mit kirchlichen Zeremonien zu beerdigen, was Pater Spieler natürlich ablehnte. So zwang man ihn, dem toten Juden das Grab zu schaufeln und den Leichnam hineinzuworfen. Dann stieß man Pater Spieler in die Grube auf den Leichnam, zog ihn wieder heraus und ließ ihn das Grab zuschaukeln. Es ist unmöglich, all die Quälereien aufzuzählen, denen man den Jesuitenpater unterwarf. . . Man zwang ihn, aus Menschenkot Modelle von Kirchen zu formen und wälzte ihn dann selbst durch den Kot. — Die Schamröte muß jedem aufsteigen, wenn er hört, daß deutsche Menschen inmunde sind, solche Schandlichkeiten zu begehen.«

Deutsche Menschen? Pardon, wir sind ins falsche Fach geraten, wir haben in der Hitze des Gefechts ein Stück zitiert aus der katholischen Zeitschrift »Der deutsche Weg«, einem holländischen Blatt, das über die Leiden des katholischen Kancelredners Spieler im Konzentrationslager Esterwege berichtet. Bei Dwingers ist Krieg, hier ist Friede, bewaffnete Deutsche martern im tiefsten Frieden wehrlose Deutsche. Was sagen Dwingers Helden dazu? Sollen wir ihnen noch einiges Authentische aus braunen Marterhöhlen melden? Sie werden keine Verwendung dafür haben, sie begingen ja selber entsetzliche Greuel und ihr Autor berichtet sie als barbarische Notwendigkeit des Krieges, dessen Ausgeburten ja auch Hitlers Schinderknechte sind.

VI

Und so unbefangen wie mit dem angeblichen Greueln der russischen Rotgardisten, so naïv geht der Autor, mit einem anderen, für das Dritte Reich recht breznlichen Thema um. Oder sollte hier ein gerissener Konjunkturritter auf getarnte, populäre Meckerei ausgehen? Wir zitieren:

»Weil wir nichts zu tun haben wollen, sagt er endlich, »mit einem Deutschland vom 9. November! Weil wir nicht in einem Staat leben können, in dem man die Plätze nicht mehr nach den Leistungen, sondern nur nach dem Parteibuch vergibt!«

Gibts in Hitlerdeutschland noch einen Posten ohne Parteibuch? Und der bekehrte sozialdemokratische Baltikamer liest Briefe von Genossen aus der Heimat vor: Komm nach Hause, »hier gibt es jetzt die schönsten Posten für uns Genossen, keiner von uns Alten braucht mehr mit der Hand zu arbeiten,

alle haben die schönsten leitenden Stellen gekriegt. . .« Das soll der SPD gelten, während alle Welt den Kopf darüber schüttelte, mit welcher objektiver Sachlichkeit die Sozialdemokratie die alte Beamtenschaft in ihren Stellenungen beließ? Nein, dieses Buch ist 1935 geschrieben und jeder Leser weiß: In der neueren Geschichte gibt es nur eine Partei, die alle Punkte dieser Anwürfe bis aufs letzte erfüllt.

»Ja, ja,« murmelte Meyer, »fürs Volk haben sie alles getan, haben sie zwanzig Jahre lang gesagt — für sich selbst taten sie's, und für niemand anders!«

»Wo die Bezahlung beginnt, hört alles wirklich Große auf — stolz kann nur einer auf das sein, was er um der Sache selbst willen tat!«

Was sagen Hitlers Minister, Arbeitslose, Abgeordnete, Reichsräte etc. etc. dazu? Diese Dwingerschen Randbemerkungen sind heute drüber zweifellos von pikanter Volkstümlichkeit. Der geknebelte Leser streicht so etwas mit Behagen an, man reicht es einander grienend weiter: »Lies die Stellen, Menach! Gegen die Schwarzrotgoldenen natürlich, na selbstverständlich, was dachtest Du Dir denn?«

Damit wäre ein Grund des Erfolges dieser zerdehten Kriegslitanei berührt. Der andere: es ist die verlogene Romantisierung von Reiterbattalienen, die es nicht mehr gibt. Braune Jugenderziehung. Den wirklichen, den unpathetischen, mechanisierten Massen-Gastod, den wagen sie dem Volke nicht zu demonstrieren. Von diesem Verbrechen sei hier nicht weiter gesprochen, wir wollten nur an einem Exempel dartun, wie traurig und konfus ein Buch aussieht, das 1935 drüber den Vogel abschößt. B. Brandy.

Wie Volkseinkommen gemacht wird

Wagemann hat die Krise überwunden

Das »Arbeitertum« vom 1. März 1936 berichtet über »Die Erfolge der Arbeitsschlacht« und erzählt, daß der Beschäftigungsstand vom Jahre 1929, d. h. dem Zeitpunkt des Beginnes der Krise nahezu erreicht sei. Das Arbeitseinkommen sei um 5 1/2 Milliarden gestiegen. Der »Deutsche Volkswirt« stößt ins selbe Horn und meint, das Jahr 1935 habe gehalten, was es versprochen, der Aufschwung der Wirtschaft hätte sich in fast allen Teilen der Wirtschaft fortgesetzt und der Informations-Dienst der Arbeitsfront begeistert sich an der »Zunahme des Volkseinkommens«. Alle diese Veröffentlichungen stützen sich auf die »Statistik« des Herrn Wagemann vom Institut für Konjunkturforschung, der in seinem neuen Handbuch nicht nur die neuen Erhebungen zweckmäßig errechnet, sondern nachweislich auch die schon früher veröffentlichten Zahlen nachträglich abgeändert hat, so daß die zurückliegenden Jahre bei einem Vergleich der beiden zuletzt erschienenen Jahrbücher für dieselben Jahre verschiedene Zahlen enthalten.

| | 1932 | 1933 | 1934 | Jan. | Feb. | Mrz. | Apr. | Mai | Jun. | Juli | Aug. | Sept. | Okt. | Nov. | Dez. |
|---------------------------------|------|------|------|-------------|------|-------------|------|-------------|------|------|------|-------|------|------|------|
| Beschäftigte | 12,5 | 13,1 | 15,1 | 14,4 | 14,7 | 15,3 | 15,9 | 16,4 | 16,5 | 16,6 | 16,7 | 16,6 | 16,5 | 16,5 | 15,6 |
| Arbeitsuchende | 5,7 | 5,0 | 3,2 | 3,4 | 3,2 | 2,9 | 2,7 | 2,4 | 2,2 | 2,1 | 2,0 | 2,0 | 2,1 | 2,3 | 2,8 |
| Arbeitslose b. d. Arbeitsämtern | 5,6 | 4,7 | 2,6 | 2,9 | 2,7 | 2,4 | 2,2 | 2,0 | 1,9 | 1,7 | 1,7 | 1,7 | 1,8 | 1,9 | 2,5 |
| Arbeitseinkomm. | 25,9 | 26,3 | 29,6 | (1. Quart.) | 7,31 | (2. Quart.) | 7,76 | (3. Quart.) | 7,93 | | | | | | |

(in Milliarden RM)

In einer Fußnote vermerkt der »Deutsche Volkswirt«, daß die Arbeitseinkommen, wie sie für die ersten drei Vierteljahre 1935 angegeben sind, vom Institut für Konjunkturforschung geschätzt wurden. Die Schätzungen sind um so zweifelhafter, als seit Hitlers Machtantritt die tatsächlichen Arbeitsverdienste, wie sie früher der Statistik über das Arbeitseinkommen zugrunde gelegt worden waren, nicht mehr festgestellt werden. Nehmen wir aber die von Wagemann geschätzten Zahlen der drei Quartale, so ergibt sich eine Summe von 23 Milliarden. Da Wagemann das ganze Jahr 1935 mit 31,76 Mill. angibt, so hätte er demnach das 4. Quartal mit 8,76 Mill. geschätzt. Die vorstehende Statistik zeigt aber bei aller Mangelhaftigkeit, daß im 4. Quartal die Zahl der Beschäftigten bis Dezember um etwa eine Million zurückgegangen, die Zahl der Arbeitsuchenden um rund 800.000 gestiegen ist. Wie sich bei diesem Abstieg des Arbeitsmarktes das Arbeitseinkommen von 7,93 auf 8,76 Milliarden erhöht haben soll, bleibt ein Geheimnis Wagemannscher Schätzung.

Die Schätzungen für die ersten drei Quartale sind ebenso unwahrscheinlich und es wäre interessant, wenn Wagemann einmal seine Unterlagen bekanntgeben würde.

Nach den »vorläufigen« Berechnungen des Instituts für Konjunkturforschung beträgt das Lohn- und Gehaltseinkommen der Arbeiter, Angestellten und Beamten für 1935 im ganzen Jahr 31,76 Milliarden Reichsmark, es sei also seit 1932 um 5 1/2 Milliarden gestiegen. Wir wollen von einer kleinen Differenz bei der Veröffentlichung zunächst absehen, im Arbeitertum wird die Zahl nämlich nur mit 31,19 Mill. angegeben. Den ganzen Behauptungen liegt die folgende im »Deutschen Volkswirt« vom 14. Februar 1936 wiedergegebene Statistik zugrunde:

| | 1932 | 1933 | 1934 | Jan. | Feb. | Mrz. | Apr. | Mai | Jun. | Juli | Aug. | Sept. | Okt. | Nov. | Dez. |
|---------------------------------|------|------|------|-------------|------|-------------|------|-------------|------|------|------|-------|------|------|------|
| Beschäftigte | 12,5 | 13,1 | 15,1 | 14,4 | 14,7 | 15,3 | 15,9 | 16,4 | 16,5 | 16,6 | 16,7 | 16,6 | 16,5 | 16,5 | 15,6 |
| Arbeitsuchende | 5,7 | 5,0 | 3,2 | 3,4 | 3,2 | 2,9 | 2,7 | 2,4 | 2,2 | 2,1 | 2,0 | 2,0 | 2,1 | 2,3 | 2,8 |
| Arbeitslose b. d. Arbeitsämtern | 5,6 | 4,7 | 2,6 | 2,9 | 2,7 | 2,4 | 2,2 | 2,0 | 1,9 | 1,7 | 1,7 | 1,7 | 1,8 | 1,9 | 2,5 |
| Arbeitseinkomm. | 25,9 | 26,3 | 29,6 | (1. Quart.) | 7,31 | (2. Quart.) | 7,76 | (3. Quart.) | 7,93 | | | | | | |

(in Milliarden RM)

Es geht aber lustig weiter. Nach dieser ganz willkürlichen Schätzung des Arbeitseinkommens wird nun das deutsche Volkseinkommen »geschätzt«. Indie erklärt diese Rechnung wie folgt:

»Das Einkommen der Arbeiter, Angestellten und Beamten bildet mindestens die Hälfte, wenn nicht zwei Drittel des gesamten Volkseinkommens. Dieses Volkseinkommen steigt und fällt erfahrungsgemäß im Auf und Ab der Konjunktur ungefähr im gleichen Rhythmus wie das Lohn- und Gehaltseinkommen. Wenn man deshalb von den Berechnungen von 1934 ausgeht, ergäbe sich für das Jahr 1935 mehr als 56 Milliarden, also um knapp 11 Milliarden mehr, als 1932.«

Da das Institut für Konjunkturforschung schon im Vorjahr eine sprunghafte Steigerung des Volkseinkommens »geschätzt« hatte und auf 52 Milliarden RM gekommen war, so hat die Schwindelmethode für 1935 progressiv angewandt auf 56 Milliarden geführt. Damit hätte die Steigerung gegenüber 1932 die staatliche Verbesserung von 11 Milliarden erreicht. Die Gehaltssumme der Beamten hat eine wesentliche Veränderung nicht erfahren. Die Lohn- und Gehaltssumme der Arbeiter und Angestellten hatte 1934 nach den konkreten Lohnsummen der Invaliden- und Angestelltenversicherung rund 21 Milliarden RM betragen.

Für Arbeiter, Angestellte und Beamte hatte das I. f. K. 1934 29,6 Mill. und für 1935 mutig 31,76 Mill. geschätzt und vom geschätzten Arbeitseinkommen ohne weitere Erklärung auf das gesamte Volkseinkommen gefolgert. Die wirkliche Lohnsumme, wie sie sich 1935 aus der IV und AV ergeben müßte, wird nicht angegeben. So wird das Volkseinkommen im Dritten Reich gemacht. Wagemann, wag es man.

Nach dieser »Statistik« steht 1935 ein Volkseinkommen von 56 Milliarden RM dem korrekt ermittelten Volkseinkommen von 76 Mill. im Jahre 1929 gegenüber. Der »Deutsche Volkswirt« und die übrigen Verbraucher der Wagemann-Statistik aber behaupteten, der Stand von 1929 sei »nahezu« erreicht.

Die errechnete Steigerung des Arbeitseinkommens wird vom Indie wie folgt entschuldigt:

»Das Einkommen aus Lohn und Gehalt ist in erster Linie darum gestiegen, weil sich die Zahl der Einkommensbezieher mit der Zunahme der Beschäftigung erhöht... im Durchschnitt sind die Tariflöhne und -gehälter so gut wie unverändert geblieben.«

Selbst Wagemann wagt es nicht zu behaupten, daß seine geschätzte Erhöhung der Lohnsummen auf die Steigerung der Einzelgehälter zurückzuführen ist. Machte er diese einschränkende Bemerkung nicht, dann wäre der Schwindel von jedem einzelnen Lohn- und Gehaltsempfänger nachzurechnen.

Die Zahlen über die Beschäftigten, die den Erfolg der Arbeitsschlacht belegen und beweisen sollen, daß sich Deutschland dem Stand des Krisenbeginnes von 1929 genähert habe, werden erhöht, wenn man das letzte Quartal der beiden Jahre gegenüber stellt:

| | Stand der Krankenkassen: | |
|----------|--------------------------|------|
| | 1929 | 1935 |
| | (in Millionen) | |
| Oktober | 18,2 | 16,5 |
| November | 17,7 | 16,5 |
| Dezember | 16,5 | 15,6 |

Legt man den Höchststand im Saisonmonat August zugrunde, so ergibt sich

| | |
|------|------|
| 1929 | 18,5 |
| 1935 | 16,7 |

Bei Fortsetzung dieser »Statistik« ist bestimmt damit zu rechnen, daß Adolf Hitler bis Ende 1936 die »Wirtschaftskrise überwunden« haben dürfte. Wie lange werden es sich die übrigen Länder noch gefallen lassen, daß diese Wagemann'schen Zahlen von der internationalen Wirtschafts- und Arbeitsstatistik übernommen werden?

offenbar ist dies Bild nun zum Vorbild des neudeutschen Menschen erklärt worden.

Natürlich ist es zum Vorbild erklärt worden — und wird so lange Vorbild bleiben, bis das deutsche Volk die jetzt regierenden Berserker und Werwölfe zum Teufel gejagt hat.

Was im Dritten Reich nicht selbstverständlich ist!

Der Hauptamtsleiter des Amtes für Erzieher, Gauleiter Wächtler, sprach über Erziehungsfragen. Dabei sagte er nach einem Bericht der »DAZ«: »Charakterbildung sei notwendig, aber es dürfe darüber nie und nimmer das Einmaleins vergessen werden. „Ihm solle kein Lehrer kommen,“ der seine schlechten pädagogischen Leistungen mit der Feststellung entschuldigen wolle, daß er vorbildliche Charaktererziehung betreibe und seine Schüler zu guten Nationalsozialisten erziehe... denn es sei sinnlos, wenn die Schüler über weltanschaulicher Erziehung das Lesen und Schreiben vergäßen.«

Schwer zu sagen

Auf der Schichau-Werft in Königsberg hielt der Ley eine Wahlrede. Unter anderem sagte er:

»Immer wieder frage ich nach der Höhe des Lohns, nach den Sorgen und Nöten, frage ob es besser geworden ist und immer wieder höre ich dann: »Es ist besser geworden!« Doch was besser wurde, das läßt sich einfach nicht in Worten ausdrücken.«

Und in Zahlen erst recht nicht!

Auf dem Marsch zur Kohlrübe

»Der Marmeladeverbrauch steigt in Deutschland. Das ist eine Feststellung, die in mehr als einer Hinsicht erfreulich ist. Marmelade ist nicht nur eine nahrhafte Speise, sie hilft uns auch mit den Fetten haushalten. 1932 sind im Deutschen Reich rund 800.000 Zentner Marmelade verzehrt worden, 1935 aber waren es über 2 Millionen Zentner. . . . Obstmarmelade und Obstkonserven helfen unserer Ernährungswirtschaft über Spannungen hinweg, wie wir sie in der letzten Zeit auf dem Fettmarkt erlebt haben.« (Der Westen, 7. 3. 36.)

Est Marmelade und wir bleiben gesund — so denken die Herren der Rüstungsindustrie. Den Verbungernden aber wird man bald schwungvolle Plaketten an das Jackett heften: »Fett gab ich für Eisen!«

Probleme des Lachens

»Eine harmlose Komik ist aber keine Komik mehr, denn der wirkliche Spaßmacher gehört immer zu jenen Narren, die in irgendeinem Sinne die Wahrheit sagen, mag das auch gefährlich werden.« (»Frankfurter Zeitung« in einer Betrachtung über das Lachen.)

Solche Spaßmacher sind natürlich rar, denn mit denen spaßt man in Deutschland nicht. Sie werden dort landen, wo ihnen das Lachen bestimmt vergeht.

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphica«; alle in Karlsbad. Zeitungstarif bzw. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933. Printed in Czechoslovakia.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR Kc 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kc 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kc 2.— (Kc 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien Beiga 0.48 (5.90), Bulgarien Lew 8.— (96.—), Danzig Guld. 0.45 (5.40), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Fra. 1.50 (18.—), Großbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.50), Italien Lir. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Fra. 2.45 (29.50), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pf. 0.020 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Fra. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA. 0.08 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Postcheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Wien B-198.304. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Warschau 196.163. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Cechoslowakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad, Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 3029. Jugoslawien: Anglo-Cechoslowakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.995. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.

»Ich — Mir!«

In Karlsruhe sagte Hitler: »Wenn wir heute in einen Krieg gestoßen würden, dann kostet jede 30-Zentimeter-Granate 3000 Mark, und wenn ich noch anderthalb tausend Mark dazulege, dann habe ich ein Arbeiterwohnhaus, und wenn ich eine Million solcher Granaten auf einen Haufen lege, dann ist dies noch lange kein Monument. Wenn ich aber eine Million solcher Häuser habe, in denen so viele deutsche Arbeiter wohnen können, dann setze ich mir damit ein Denkmal.«

»Ich — Mir!« Wilhelm konnte es nicht so gut. Zunächst errichtete Er — Sich übrigens in Karlsruhe keine Arbeiterhäuser, sondern ein Versammlungszelt, das laut Bericht der Berliner Morgenzeitung also aussah:

Von dem Umfang der Riesenhalle kann man sich einen Begriff machen, wenn man folgende Zahlen hört: Gesamtlänge 192 Meter, Gesamtbreite 112 Meter; dazu sind 45.000 Pfähle nötig, während die für die Sitzreihen erforderlichen Bretter eine Länge von insgesamt 30 Kilometer ausmachen. Die Rednertribüne findet ihren Platz unmittelbar vor dem Mittelzelt. Gleichzeitig mit der Errichtung des Zeltes erfolgt der Einbau einer auf modernste eingerichteten Lautsprecheranlage. Auch die elektrische Beleuchtung wird auf das sorgfältigste vorbereitet. Zahlreiche Telefonzellen stehen der Presse zur Verfügung. Das Riesenzelt erhält einen ansprechenden Schmuck von Fahnen und Tannengrün, der auf 80 Kraftwagen herbeigeschafft wurde.

In solcher und ähnlicher Weise setzt Er — Sich so viele Denkmäler, daß die gemeinnützigen Baupläne leider bis auf weiteres verschoben werden müssen.

Der Arbeitsdienst — eine Sklavenanstalt

Der Reichsinnenminister hat für den Reichsarbeitsdienst eine neue Strafordnung erlassen. Danach gibt es künftig folgende »Dienststrafen«:

»Dienststrafen sind: a) Kleine Dienststrafen: 1. Dienstverrichtungen im

Innendienst außer der Reihe oder außer der Zeit, jedoch nur zur Wiedergutmachung nachlässiger Dienstverrichtungen gleicher Art, 2. einfacher Verweis, 3. Förmliche Dienststrafen: 3. strenger Verweis, 4. Lagerarrest bis zu vier Wochen, 5. Stubenarrest bis zu vier Wochen, 6. verschärfter Arrest bis zu zehn Tagen, zulässig nur bis zum Obervermann einschließlic, 7. Zellenarrest von einem Tage bis zu 240 Tagen (kann in Gefängniszelle verbüßt werden), 8. Aberkennung des Dienstgrades gegen Vorkänner und Obervermannen, 9. Zurücksetzung in der Beförderung, 10. Entfernung aus dem Reichsarbeitsdienst, 11. Aussetzung aus dem Reichsarbeitsdienst.«

Besonders aufschlußreich ist Punkt 7: »kann in Gefängniszelle verbüßt werden. Künftig bedarf es also zur Verhängung einer Gefängnisstrafe keines richterlichen Spruches mehr — ein paar Arbeitsfrontbullen dürfen sich, wie das Gesetz weiter besagt, zu einer sogenannten »Kammer« zusammensetzen und den Mißbeliebigen auf 8 Monate einkerkern lassen.

Aber die drakonische Strafordnung mit ihren 11 Punkten beweist nicht nur, daß in Deutschland das Recht zerschlagen wurde, sie beweist auch, wie weit die Unzufriedenheit im Arbeitsdienst schon gediehen ist. Wenn die Stimmung so begeistert wäre, wie das Propagandaministerium es in Filmen, Broschüren und Artikeln ständig behauptet, bedürfte es wahrlich keiner derartigen Bagdgesetzte. Die Wahrheit ist: das System versucht den wachsenden Unwillen der Bevölkerung durch immer neue Terrormaßnahmen zu unterdrücken.

»Rasen, Schweifen, Kämpfen«

Der neudeutsche Idealmann

Bei Diederichs, Jena, einem einstmals angesehenen Verlag, ist ein dickleibiges Buch von Martin Ninck erschienen mit dem Titel »Wodan und germanischer Schicksalsglaube«. Im Literaturblatt der Berliner Börsenzeitung gibt ein Dr. Hans

Kern folgende Charakterisierung des Rassechinkens:

»Ninck beweist unwiderleglich, daß und warum von der uralten Göttertrinität Wodan — Thor — Ziu bei den Germanen gerade Wodan zum schlechthin zentralen Gott geworden ist. Es war die sprengende Ekstase als das Grunderlebnis heidnischen Germanentums (»furor teutonius«), das dem Gott Wodan seine Entstehung und überragende Bedeutung gegeben hat... Die Ueberlieferung des germanischen Berserkertums, die allverbreitet gewesenen Erlebnisse der »Entrückung«, d. h. der schweifenden Seelenaufahrt... das Werwolfstreiben, der Verwandlungsglaube und kultische Maskentanz, die ekstatische Sieges- und Kampfeswollust, der sturmverwandte Wandertrieb und viele ähnliche Erscheinungen sind wesentlich »wodanische« Phänomene. Wodan ist Walter in Sturm und Unwetter (als dem elementaren Urbild entfesselten Rasens, Schweifens und Kämpfens), Herr des Heeres, der Krieger...«

Das wird sogar einer völkisch-antisemitischen Zeitschrift wie der »Deutschen Kämpferin« zu dumm. Sie wehrt sich gegen diesen Wust und schreibt:

»Wenn wir diese durchaus richtige Wiedergabe der Ninckschen Anschauungen vom Wesen des »germanischen« Menschen nun überblicken, so scheint es uns eher das Bild einer halbasiatischen Hunnen- und Mongolenhorde mit allen dämonischen Mächten des Ostens und allem Fanatismus und Fatalismus und allem Tod demut des islamischen Kriegers zu sein, vermischt mit dem abergläubischen Zauberen niedrigstehender Rassen, als das Bild des Trägers der germanischen Wesenssubstanz! Es würde uns übrigens nicht wundern, wenn auf diese Charakterisierung des »wölfischen« germanischen Berserkers bei Ninck hin, der angeblich das »Grunderlebnis« des germanischen Menschen ist und in Wodan nur seine Ausprägung fand, sich die Rüstungen unserer Nachbarn erheblich verstärkten mit der Begründung: da ist ja das wilde, fessellose, rasende Tier, vor dem wir euch immer gewarnt haben! Hier bezeugen Deutsche selbst, daß dies ihre »Wesenstiefe« ist und daß ihr germanisches Menschentum in solchen ekstatischen Rasen und Schweifen wurzelt. Und